

Stefan Spangenberg

Paul Klein

### **Heimat und Verteidigung**

Der Einfluß räumlicher Identität und individueller Sicherheitskonzepte auf die Bewertung von Verteidigungspolitik und Bundeswehr

---

**Strausberg, Mai 1997**



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Ausgangslage .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Untersuchungskonzeption .....</b>	<b>6</b>
2.1	Fragestellung.....	6
2.2	Durchführung der Untersuchung und Untersuchungsinstrumentarium.....	6
2.3	Stichprobe .....	7
<b>3</b>	<b>Individuelle emotionale und soziale Dispositionen des Einzelnen.....</b>	<b>8</b>
3.1	Heimat - zwischen Provinzialität und Globalismus.....	9
3.1.1	Emotionale Identität.....	10
3.1.2	Rationale Identität.....	13
3.1.3	Internationale Identifikation .....	18
3.2	Individuum oder Gesellschaft? - Politische Einstellungen, Werte und Lebenskonzepte.....	21
3.2.1	Politische Einstellungen.....	21
3.2.2	Alltägliche Orientierungsmuster.....	24
3.3	Verhältnis des Einzelnen zu Ausland, Ausländern und Ethnien .....	30
3.4	Exkurs - Das Phänomen des Stolzes auf die eigene Nationalität .....	37
<b>4</b>	<b>Dimensionen der Sicherheit .....</b>	<b>38</b>
4.1	Unsicherheitsfaktoren .....	39
4.1.1	Unmittelbare Unsicherheitsfaktoren .....	40
4.1.2	Mittelbare Unsicherheitsfaktoren .....	41
4.2	Sicherheitsfaktoren .....	41
4.2.1	Unmittelbare Sicherheitsfaktoren .....	44
4.2.2	Mittelbare Sicherheitsfaktoren.....	46
4.2.3	Militärische Sicherheit.....	46
4.3	Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit und militärische Sicherheit.....	48

<b>5</b>	<b>Die Bundeswehr .....</b>	<b>49</b>
5.1	Die Akzeptanz der Bundeswehr als nationaler Sicherheitsfaktor.....	51
5.2	Aufgaben der Bundeswehr.....	53
5.2.1	Einsatzbereiche der Bundeswehr .....	53
5.2.2	Internationale militärische Zusammenarbeit .....	57
5.3	Wehrpflicht .....	58
5.4	Wehrpflicht oder Berufsarmee.....	61
<b>6</b>	<b>Zur Bedrohung des lokalen Individuums .....</b>	<b>68</b>
<b>7</b>	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>69</b>

## 1 Ausgangslage

Die politische Landschaft Europas hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Die Nachkriegsordnung, die durch klar abgegrenzte Interessen- und Einflußsphären, durch deutlich markierte Grenzen und die Aufteilung in zwei sich feindlich gegenüberstehende Blöcke geprägt wurde, hat ihre Gültigkeit verloren. Der Zerfall des Warschauer Paktes und die Wiedervereinigung Deutschlands haben nicht nur die ehemals fast unüberwindliche innerdeutsche Grenze zu Fall gebracht, sondern auch Wege zu den östlichen Nachbarstaaten geöffnet. Deutschland wird von niemandem mehr militärisch bedroht. Aus den politischen Gegnern von einst sind friedliche Nachbarn, vielleicht sogar Freunde geworden. Von den politischen Veränderungen blieb auch das Militär nicht

unberührt. Zwischen den Einheiten der Bundeswehr und solchen der polnischen und tschechischen Armee werden Patenschaften geschlossen, es fanden gemeinsame Manöver statt, Offiziere der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten wurden und werden an den Schulen der Bundeswehr oder im Zentrum Innere Führung ausgebildet.

Was die öffentliche Meinung anbelangt, so herrschte zunächst deutlich der Gedanke vor, die eigene Lebenswelt sei militärisch nicht mehr bedroht. Insofern traf die Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik - wie auch in den anderen europäischen Ländern - auf nur wenig Interesse. Vielerorts wurde daran gezweifelt, daß Soldaten überhaupt noch

gebraucht werden, zumindest aber stellte man die Frage, wofür Streitkräfte in der Zukunft noch gut sein sollen. Das hat sich nicht zuletzt durch die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien geändert. Aus Desinteresse und Abneigung wurde zumindest tendenziell Billigung und Zustimmung. An der Notwendigkeit von Streitkräften zweifeln in der

Bundesrepublik lediglich noch Minderheiten. Allerdings ist die Zustimmung in den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen sehr unterschiedlich. Auch erstreckt sich die Akzeptanz keineswegs kritiklos auf alle möglichen Aufgabenbereiche der Bundeswehr, sondern ist abhängig von speziellen Vorgaben und Zielen. Dies darzustellen, soll unter anderem Ziel des vorliegenden Arbeitspapiers sein.



## 2 Untersuchungskonzeption

### 2.1 Fragestellung

Die Befragung, die dem Arbeitspapier zugrunde liegt, ist Teil eines polnisch-tschechisch-deutschen Kooperationsprojektes<sup>1</sup>, das zum Ziel hatte, die Verankerung von Perspektiven zu Militär, Sicherheit und Nation im sozialen Bewußtsein der Bevölkerung der drei Länder zu untersuchen. Im einzelnen sollte festgestellt werden, welche Einstellungen bei den Bewohnern Polens, Deutschlands und der Tschechischen Republik im Hinblick auf die Aspekte Sicherheit, Bedrohung, Wehr- und Gesellschaftsdienst, Verteidigung und den aktuellen bzw. vorstellbaren zukünftigen Aufgabenbereich der nationalen Streitkräfte bestehen. Ferner sollte ermittelt werden, welche wechselseitigen Einschätzungen, Sympathien und Antipathien in der Bevölkerung und insbesondere in der Jugend der drei Nationen vorherrschen und ob Phänomene wie Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in der öffentlichen Meinung eine Rolle spielen. Von Interesse war auch die Beantwortung der Frage nach möglichen Zusammenhängen zwischen lokalen, regionalen, nationalen bzw. transnationalen Beziehungen auf der einen und sicherheitspolitischen Perspektiven auf der anderen Seite.

### 2.2 Durchführung der Untersuchung und Untersuchungsinstrumentarium

Zur Durchführung der Untersuchung konzipierten die Beteiligten einen Fragebogen, der in seinen wesentlichen Teilen zwischen den drei Nationen parallel gehalten wurde. Um auch nationale Besonderheiten und Interessen erfassen zu können, enthielten die Frage-

---

<sup>1</sup> An dem Projekt beteiligt waren ursprünglich Dr. Adam Kolodziejczyk vom polnischen Militärinstitut für soziologische Forschung (WIBS) in Warschau, Dr. Marie Vlachova und Dr. Stefan Sarvas vom tschechischen Verteidigungsministerium, Abteilung Personalforschung in Prag und Dr. Heinz-Ulrich Kohr vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg. Ihnen oblag sowohl die Konzeption der Untersuchung wie die Erstellung der aufeinander abgestimmten Befragungsinstrumentarien und die Durchführung der Befragungen. Sie vereinbarten als ersten Auswertungsschritt die Erarbeitung nationaler Arbeitspapiere, in denen die Ergebnisse der Befragung, getrennt nach den drei Nationen, dargestellt werden. Für die deutsche Seite geschieht dies durch die vorliegende Auswertung, die, bedingt durch die schwere Erkrankung von Dr. Heinz-Ulrich Kohr, von Stefan Spangenberg M.A. und Dr. Paul Klein zu verantworten ist. Parallele Papiere in den jeweiligen Landessprachen liegen für Polen und die Tschechische Republik bereits vor oder sind in Bearbeitung.

bögen der einzelnen Länder jeweils auch einige Fragen, die lediglich den Bewohnern des Staates vorgelegt wurden, an die er sich richtete. Aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit wurde auf eine offene Beantwortung verzichtet. Der Fragebogen beinhaltete

lediglich Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten. Die Befragungen wurden in Polen und Tschechien im Sommer 1995 durchgeführt. Bedingt durch den Umzug des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr von München nach Strausberg fand die Befragung in Deutschland erst zwischen dem 28. September und dem 13. November 1995 statt. Mit deren Durchführung war das Institut für Jugendforschung in München betraut. Es setzte hierfür 323 speziell geschulte jugendliche Interviewer ein, die aufgrund der großen Zahl zu befragender junger Personen als besonders geeignet angesehen wurden.

### **2.3 Stichprobe**

Zielgruppe der Befragung war einerseits die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren und andererseits die Altersgruppe der 15- bis 29jährigen, die im Folgenden Jugendliche genannt werden. Um für beide Gruppen repräsentative Aussagen machen zu können, gleichzeitig aber die Möglichkeit einer differenzierenden Auswertung der Antworten zu gewährleisten, wurde die Stichprobe in 1000 Befragte über 29 Jahre und 500 Befragte zwischen 15 und 29 Jahren aufgeteilt.

Die Zusammenstellung der Stichprobe erfolgte über ein mehrstufiges Quotenverfahren nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Schulbildung und einer Schichtung nach Bundesländern und Gemeindegrößenklassen, mit Hilfe deren die zu befragenden Personen in repräsentativ über die Bundesrepublik verstreuten Sample-Points ermittelt wurden.

300 der Interviews wurden in den neuen und 1200 in den alten Bundesländern durchgeführt.

Nach Abschluß der Befragungen sah die Stichprobe wie folgt aus:

ungewichtete Stichprobe:

<u>insgesamt:</u>
15 - 65jährige: n = 1500
<u>davon:</u>
15 - 29jährige: n = 494
30 - 65jährige: n = 1006

Um die repräsentative Gesamtbevölkerung Deutschlands zwischen 15 und 65 Jahren abbilden zu können, wurde eine Modifikation der Daten, die ja mit einer Überrepräsentierung der unteren Altersgruppen erhoben wurden, nötig. Daher wurde über eine Gewichtung der Variable Alter eine Angleichung der Stichprobe an die offizielle demographische Statistik Deutschlands vorgenommen. Das Ergebnis sah nun folgendermaßen aus:

gewichtete Stichprobe:

<u>insgesamt:</u>
15 - 65jährige: n=1443
<u>davon:</u>
15 - 29jährige: n=403
30 - 65jährige: n=1040

In der vorliegenden Studie wird jeweils das Antwortverhalten der gewichteten, repräsentativen Stichprobe der deutschen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren (n=1443) dem ungewichteten Sample der Jugendlichen (n=494) gegenübergestellt. So wird der Vorteil der disproportional angelegten Stichprobe optimal ausgeschöpft.

### 3 Individuelle emotionale und soziale Dispositionen des Einzelnen

#### 3.1 Heimat - zwischen Provinzialität und Globalismus

Lebensräume eines Individuums kennzeichnen sich durch verschiedenartige strukturelle Dimensionen, die meist in der Kategorisierung einer räumlichen Einheit ihren Ausdruck finden.<sup>2</sup>

Das Gefühl von Zugehörigkeit zu einem Lebensraum hat eine emotionale Grundlage. Auch rationale Aspekte können einen Beitrag zum Zugehörigkeitsgefühl leisten, sind aber nicht ausschlaggebend, wodurch die Zufriedenheit des Einzelnen mit seinem Lebensraum nicht ein Produkt empirisch erhebbarer Umweltkriterien ist.

So können etwa wirtschaftliche Zwänge eine Person dazu bewegen, sich in einem bestimmten Ort anzusiedeln und es wird nicht voraussagbar sein, ob sich der Betreffende an diesem Ort wohl fühlen wird oder nicht. In einem solchen Fall wäre es möglich, daß die enge emotionale Bindung an den vorherigen Wohnort und die Trauer darüber, ihn verlassen zu haben, darin resultiert, zu dem neuen Ort keine emotionalen Bindungen aufbauen zu können.<sup>3</sup> Andererseits wäre denkbar, daß der neue Ort dem Wechselnden besser gefällt als der alte, weil er schnell Kontakte zu Einheimischen knüpft, ihm die Infrastruktur entgegenkommt und/oder er zum alten Wohnort sowieso keine besonders enge Beziehung hatte.

Die unerschöpflichen räumlichen Identifikationsmöglichkeiten eines Individuums bei nur einem einzigen Wohnsitz machen die Existenz und die Funktionen der Kategorien und Dimensionen des Lebensraumes deutlich. Dabei soll Dimension als räumliche Variable (wie lokal, regional, national, international, etc.)<sup>4</sup> verstanden werden, wohingegen der Begriff der Kategorie die mehr oder weniger artifizielle Begrenzung von Lebens-

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu einführend: Weichhart, Peter: Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation, in: Meynen, Emil (Hrsg.): Erdkundliches Wissen, Schriftenreihe für Forschung und Praxis, Heft 102, Stuttgart 1990, S. 14ff. Im folgenden zitiert als: Weichhart, 1990.

<sup>3</sup> Vgl. Weichhart, 1990, S. 53ff.

<sup>4</sup> Hier werden lediglich einige benennbare Dimensionen des Lebensraums angeführt, selbstverständlich existieren zahllose Dimensionen, die keine Bezeichnung haben, da sie etwa auch nur persönlich wahrgenommen werden können.

räumen durch ihre Benennung (z. B.: Hannover, Deutschland, Westeuropa) bezeichnen soll. Ein Dortmunder ist danach gleichzeitig auch Ruhrgebietler, Nordrhein-Westfale, Deutscher, Europäer oder Weltbürger,<sup>5</sup> und somit in verschiedenen Rollen ansprechbar. Die Identifikation<sup>6</sup> mit bestimmten Lebensräumen muß aber nicht bedeuten, daß sie gleich alle möglichen dem Ort immanenten Kategorien einschließt. Man kann sich also in der Rolle des Dortmunders wohl fühlen, gleichzeitig aber in der des Deutschen oder des Europäers nicht.

Da im Rahmen der vorliegenden Studie davon ausgegangen wird, daß die emotionale Verbundenheit mit einem bestimmten Ort und die Identifikation mit der damit einhergehenden Rolle Grundlage der Forderung nach Sicherheit und der Motivation für Verteidigung sind, wird zunächst einmal untersucht werden, wie stark die gefühlsmäßigen Bindungen der deutschen Bevölkerung an welche räumlichen Dimensionen und Kategorien sind.

### **3.1.1 Emotionale Identität**

Gefragt nach der emotionalen Bindung an einen bestimmten Lebensraum, stellen die Befragten der vorliegenden Studie den aktuellen Wohnort besonders heraus (vgl. Tabelle 1). Insgesamt 65,9 % der Bevölkerung und 70,5 % der Jugendlichen fühlen sich an ihn gebunden. Daß auch Kindheitserinnerungen und die gute Kenntnis einer Stadt oder eines Dorfes ((Orientierungs-) Sicherheit) wichtige Aspekte eines Heimatgefühls<sup>7</sup> sind, zeigt sich in der Bevorzugung des Ortes, in dem man seit seiner Kindheit lebt oder während seiner Kindheit gelebt hat.

Offensichtlich hat etwa die Hälfte der Befragten noch nie einen Ortswechsel vollzogen. Der Anteil derer, die sich nach einem Wohnortwechsel in ihrer neuen Umgebung wohl fühlen (24 %), ist, auch gemessen an denen, denen dies nachweislich nicht gut gelingt (11,6 %), recht hoch. Das in diesen Bereichen zum Teil stark abweichende Antwort-

---

<sup>5</sup> Die genannten Kategorien sind selbstverständlich weiter unterteilbar, etwa in Stadtteile, Teilkontinente usw.

<sup>6</sup> Vgl. zum Verständnis der Begriffe „Identifikation“ und „Identität“ in dieser Arbeit: Esser, Hartmut: Lokale Identifikation im Ruhrgebiet. Zur allgemeinen Erklärung einer speziellen Angelegenheit, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung. Lokale Identität und lokale Identifikation, Heft 3, Bonn 1987, S. 109 - 118.

<sup>7</sup> Vgl. zur Definition des Heimatbegriffs: Weichhart, 1990, S. 27.

verhalten der Gruppe der Jugendlichen ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sie von Wohnortwechseln weniger oft betroffen ist als der ältere Bevölkerungsteil.

**Tabelle 1:**

„Bitte wählen Sie nun aus dieser Liste den Ort aus, zu dem Sie die stärksten gefühlsmäßigen Bindungen haben.“<sup>8</sup>

<b>Ort:</b>	<b>Gesamtbevölkerung</b>	<b>Jugendliche</b>
Der Ort, die Stadt, die Gegend, in dem/der ich seit meiner Kindheit lebe	41,9 %	56,1 %
Der Ort, die Stadt, die Gegend, in dem/der ich heute lebe	24,0 %	14,4 %
Der Ort, die Stadt, die Gegend, in dem/der ich in der Kindheit gelebt habe, aber heute nicht mehr lebe	11,6 %	8,3 %
Die alte Bundesrepublik (die „alten“ Länder)	2,6 %	2,6 %
Die ehemalige DDR (die „neuen“ Länder)	2,0 %	0,4 %
Deutschland insgesamt	7,8 %	7,7 %
Osteuropa	0,3 %	0,2 %
Westeuropa	1,9 %	2,2 %
Europa insgesamt	3,6 %	3,6 %
Die Welt	4,0 %	4,3 %

Spontan äußern 7,8 % der Befragten eine starke gefühlsmäßige Bindung an Gesamtdeutschland. Die Zahl derer, die sich mit einem der früheren Teile Deutschlands identifizieren ist sehr gering, mehr Befragte fühlen sich da schon eher als Europäer oder Weltbürger.

Es zeigt sich zusammenfassend also eine besondere Identifikation mit der lokalen Dimension des Lebensraumes, dem Ort, der am direktesten erfahrbar ist, und der den Alltag am stärksten bestimmt.

---

<sup>8</sup> Die Antworten lagen dem Befragten in Form einer Liste vor, so daß er alle möglichen Ausprägungen sehen konnte, als er sich für eine entschied. Das Verfahren ist somit als „gestützt spontan“ zu bezeichnen.

Wie anfangs erwähnt, muß dieses Ergebnis nicht gleichzeitig auch auf ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer dem Wohnort immanenten Kategorie einer übergeordneten Dimension des Lebensraums hinweisen. Die Frage wurde daher unter Einschränkung der Antwortvorgaben ein zweites Mal gestellt,<sup>9</sup> um insbesondere die Bindung an die natio-

nale Dimension des Lebensraumes, an die Kategorie „Deutschland“<sup>10</sup> zu messen:

**Tabelle 2:**

„Denken Sie nun bitte an Ihre persönlichen gefühlsmäßigen Bindungen. Sind Sie nach Ihrem Zugehörigkeitsgefühl eher Bundesdeutscher, eher DDR-Deutscher, eher Deutscher, eher Europäer oder eher Weltbürger? Was sind Sie gefühlsmäßig in erster Linie?“

	Bevölkerung:	Westdeutsche		Ostdeutsche	
		Gesamt	Erwachsene	Jugendliche	Erwachsene
(inter-)nationaler Bezugsrahmen					
Bundesdeutsche(r) („alte Länder)	17,3%	20,8%	23,1%	1,3%	0,0%
DDR-Deutsche(r) („neue Länder“)	9,5%	0,7%	1,5%	49,0%	31,2%
Deutsche(r)	44,6%	46,9%	38,8%	42,5%	51,2%
Europäer(in)	16,3%	18,1%	22,0%	2,3%	9,4%
Weltbürger(in)	12,2%	13,5%	14,6%	4,8%	8,2%

Die Besonderheit der deutschen nationalen Dimension liegt darin, daß sie in ihrer heutigen Existenz noch sehr jung ist. Das Zusammenführen der DDR und der Bundesrepublik im Jahre 1990 läßt ein Gesamtdeutschland entstehen, für das ein neues Zugehörigkeitsgefühl erst noch entwickelt werden muß. Gleichzeitig besteht jedoch für den deutschen Bürger auch die Möglichkeit, sich eher mit einem Bezugsrahmen zu identifizieren, der die nationale Dimension übersteigt. Es werden ihm durch die Integration Deutschlands in die Europäische Union und die ständige Diskussion um die Globalisierung auch die Rollen des Europäers und des Weltbürgers angeboten.

<sup>9</sup> Die Frage wurde an anderer Stelle des Fragebogens gestellt, so daß sie für den Befragten in keiner direkten Beziehung zu der zuvor analysierten Frage stand.

<sup>10</sup> Vgl. Weichharts Ausführungen zu den sozialhistorischen Dimensionen räumlicher Kategorien: Weichhart, 1990, S. 83 - 86.

Nur 26,8 % der deutschen Bevölkerung identifizieren sich noch am ehesten mit ihrem ehemaligen deutschen Teilstaat. Nahezu die Hälfte fühlt sich im gemeinsamen Deutschland zu Hause. Insgesamt 28,5 % der Befragten orientieren sich eher international, fühlen sich also eher als Europäer oder Weltbürger. Jugendliche sind in dieser letzten Gruppe überrepräsentiert. Von ihnen sehen sich 33,6 % als Welt- bzw. Europabürger. Dafür fühlen sie sich emotional weniger an Deutschland oder seine ehemaligen Teilstaaten gebunden. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, daß sich besonders die Jugendlichen aus dem Osten der Republik schnell von den emotionalen Bindungen zu ihrer bisherigen nationalen Kategorie lösen konnten. Dem Rest der Bevölkerung der ehemaligen DDR fällt dies schwerer. So läßt sich feststellen, daß sich etwa jeder Fünfte aus dem Westen gegenüber nahezu jedem Zweiten aus dem Osten noch emotional stark mit „seinem“ ehemaligen Teilstaat verbunden fühlt. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der Auflösung der kategorialen Strukturen der DDR besonders bemerkenswert.<sup>11</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß eine emotionale Zugehörigkeit zur nationalen Dimension als eine Art zweite Ebene der Identifikation besteht. Sie zeigt sich allerdings nur, wenn die Möglichkeit der Wahl der präferierten lokalen Dimension wegfällt.

### 3.1.2 Rationale Identität<sup>12</sup>

Wurde bisher betrachtet, wie stark die emotionale Bindung des Einzelnen an verschiedene Dimensionen seines Lebensraumes ist, soll nunmehr der Blick auf die Frage gelenkt werden, wie er die Kategorie seines Lebensraumes bewertet. Es wird also die Ebene der Emotionalität verlassen und die der Rationalität erreicht, auf der die bewußte Beurteilung der Kategorie Deutschland mit allen ihren strukturellen Ausprägungen durch den

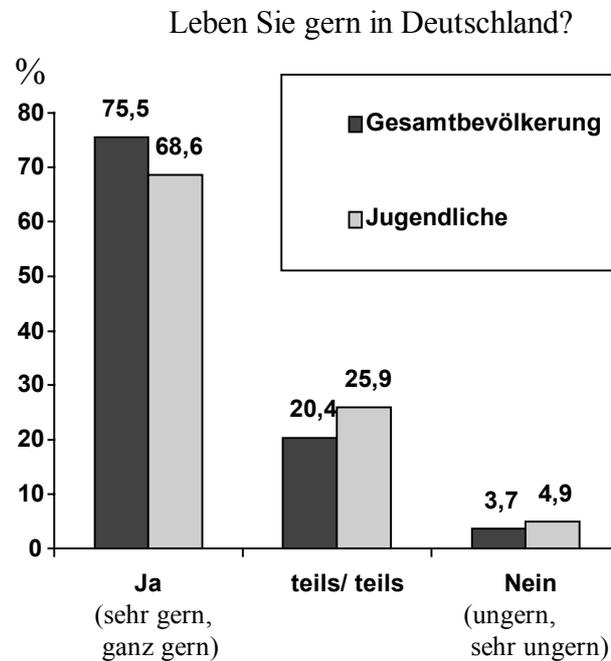
---

<sup>11</sup> Vgl. Veen, Hans-Joachim, Zelle, Carsten: Zusammenwachsen oder Auseinanderdriften? Eine empirische Analyse der Werthaltungen, der politischen Prioritäten und der nationalen Identifikationen der Ost- und Westdeutschen, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Interne Studien Nr. 78, 2. überarb. Aufl., Sankt Augustin 1995, S. 30 - 32.

<sup>12</sup> Vgl. zur Operationalisierung und zur Einführung in den Themenbereich nationaler Identität: Kohr, Heinz-Ulrich/Wakenhut, Roland: Soziomoral und Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit, in: Untersuchungen zum Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit, SOWI-Arbeitspapier Nr. 57, München 1992, S. 26 - 44.

Einzelnen untersucht wird. Hierzu wurde zunächst die Frage gestellt, wie gerne die Befragten in Deutschland leben.

**Grafik 1:**



Die 75,5 % der Bevölkerung, die gern in Deutschland leben, setzen sich aus jenen zusammen, die sehr gern (33,9 %) und jenen, die ganz gern (41,6 %) dort leben. Die Zahl kann insofern als sehr hoch bewertet werden, als im Folgenden feststellbar ist, daß die ambivalenten Antwortausprägungen (hier: teils/teils) bei ähnlichen Fragestellungen bevorzugt werden. Ungern (3,1 %) bzw. sehr ungern (0,6 %) leben lediglich 3,7 % der Bevölkerung in Deutschland. Das Antwortverhalten der Jugendlichen gleicht zwar tendenziell dem der Gesamtbevölkerung, es fällt jedoch auf, daß die junge Generation weniger positiv reagiert und im stärkeren Maße zu ambivalentem Antwortverhalten neigt. Fragt man nun konkreter, welcher Deutsche gerne in einem anderen Land als Deutschland leben würde, so geben 26,1 % der Gesamtbevölkerung, jedoch 31,4 %<sup>13</sup> der Jugendlichen diesen Wunsch an. Somit verhält sich die junge Generation genau so, wie es aufgrund ihrer verstärkten Orientierung an überregionale Dimensionen des Lebensraumes zu erwarten war.

<sup>13</sup> Bei einem Vergleich der Prozentzahlen von Jugendlichen und Gesamtgesellschaft ist immer zu berücksichtigen, daß die Antworten der Jugendlichen in den Daten der Gesamtbevölkerung enthalten sind und damit das Ergebnis der Gesamtgesellschaft stark beeinflussen.

Es kann im Rahmen dieser Studie nur darum gehen, die Intensität der persönlichen Bindungen unterschiedlicher Art an Deutschland festzustellen. Das unterschiedliche Erleben des deutschen Alltags durch Jugendliche bzw. Erwachsene kann an dieser Stelle somit nicht konstatiert, sondern lediglich vermutet werden. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß im weiteren Verlauf dieser Studie an der einen oder anderen Stelle auffällig wird, inwiefern konventionelle Erklärungsansätze für das Antwortverhalten in bezug auf die Bindung an die Nation greifen oder auch nicht.<sup>14</sup>

Diejenigen, die gerne im Ausland leben würden, wurden gefragt, welches Land sie vorzögen:

**Tabelle 3:**

	Teilgruppe der Gesamtbevölkerung	Teilgruppe der Jugendlichen
<b>USA</b>	11,0 %	17,4 %
<b>Spanien</b>	10,4 %	8,0 %
<b>Italien</b>	8,7 %	8,7 %
<b>Australien</b>	8,1 %	9,4 %
<b>Frankreich</b>	7,8 %	6,0 %
<b>Kanada</b>	7,8 %	4,0 %
<b>Amerika allgemein</b>	6,9 %	11,4 %
<b>Griechenland</b>	4,3 %	2,7 %
<b>Dänemark</b>	2,9 %	2,0 %
<b>Österreich</b>	2,9 %	0,7 %

Die USA, Kanada und Amerika allgemein<sup>15</sup> werden ebenso als bevorzugte Lebensräume genannt wie westeuropäische Länder und Australien. Politische Gründe spielen bei der Wahl offensichtlich kaum eine Rolle. Es scheint vielmehr, als handele es sich bei der Nennung eines bevorzugten Landes eher um klimatisch, ethnisch und geographisch, letztlich aber - vor allem - unpolitisch begründete Vorlieben.

<sup>14</sup> Es soll an solcher Stelle jeweils auf diesen Aspekt verwiesen werden. Besonders unter Punkt 3.2 werden einige Widersprüche zur obigen Aussage deutlich.

<sup>15</sup> Hier ist Nordamerika gemeint.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung mit dem Leben in ihrem Heimatland mehr oder weniger zufrieden ist und daß nur eine Minderheit lieber in einem anderen Land leben würde. Diese Aussage gilt auch für die junge Generation, wenngleich hier die Unzufriedenheit mit dem eigenen Land bedeutend höher ist.

Die vorangegangenen Erkenntnisse sind insofern Bewertung, als sie die Zufriedenheit des Einzelnen mit dem Deutschland - und zwar, ohne es extra zu betonen, als erfahrbares Ganzes mit all seinen kulturellen und strukturellen Eigenarten - in dem er lebt, dokumentiert. Die Kategorie wird als lebenswert beurteilt. Dies ist eine interne Bewertung. Sie ist nicht vergleichend, sondern drückt einen inneren Wert der Kategorie aus.

Nationalstolz ist dagegen ein Begriff, der den absoluten Wert einer nationalen Kategorie sichtbar machen kann. In Deutschland bedeutet der Stolz auf die Nation nicht selten gleichzeitig auch Nationalchauvinismus.<sup>16</sup> Der eigenen nationalen Kategorie wird eine gegenüber anderen nationalen Kategorien herausragende Rolle zuteil. Sie wird als hochrangig betrachtet.<sup>17</sup> Die folgende Grafik zeigt unterschiedlich empfundenen Nationalstolz.<sup>18</sup>

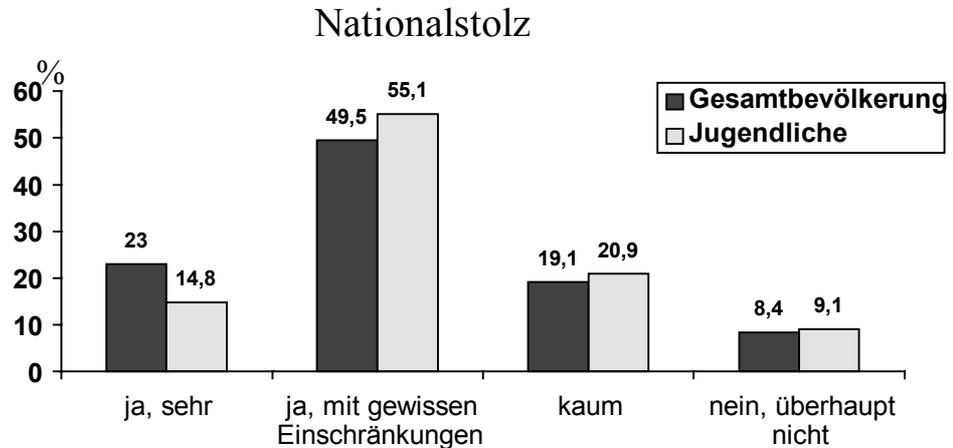
---

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Abschnitt 3.3 und außerdem: Blank, Thomas, Schmidt, Peter: Nationalstolz und Nationale Identität. Empirische Befunde zum Stolz auf Deutschland, in: Nationale Identität und europäisches Bewußtsein. Theoretische Entwürfe und empirische Befunde, SOWI-Arbeitspapier Nr. 93, München 1994, S. 47 - 50.

<sup>17</sup> Es soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es hier um das Verständnis des Begriffs des „Nationalstolzes“ in der deutschen Bevölkerung geht. In anderen Ländern mag der Begriff völlig andere Bedeutung haben.

<sup>18</sup> Die Tabelle zeigt die Beantwortung der Frage: „Sind Sie stolz darauf, ein Bürger Deutschlands zu sein?“. Diese Frage ist zwar in ihrer Formulierung sehr moderat, erhebt aber dennoch, wie im Verlauf der Studie erkennbar wird, den Stolz auf die Nation. Daher ist im folgenden auch die Rede von Nationalstolz.

Grafik 2:



Im Gegensatz zum vergebenen internen Wert der Kategorie Deutschland fällt der absolute Wert moderater aus. Sehr stolz sind lediglich 23 % der Bevölkerung auf ihr Land. Etwa die Hälfte der Deutschen bringt ihren Stolz zum Ausdruck, möchte ihn aber eingeschränkt verstanden wissen. Kaum oder überhaupt nicht stolz auf ihre Nation sind 27,5 % der Bevölkerung. Wie auch bei der vorherigen Fragestellung fällt auf, daß Jugendliche sehr viel vorsichtiger bei der Beurteilung ihres Heimatlandes sind.

Das stark frequentierte „ja, mit gewissen Einschränkungen“ zu Deutschland zeigt ein differenziertes Verhältnis zur eigenen Nation auf, das sowohl auf die Problematik des Begriffs „Nationalstolz“ und seiner Bedeutung in Deutschland,<sup>19</sup> als auch möglicherweise darauf hinweist, daß sich der Einzelne zwar gut mit der eigenen Nation identifizieren kann, ihren Wert deswegen aber nicht notwendigerweise über den anderer Nationen erhöht.

Nach den vorliegenden Ergebnissen im Rahmen der definierten Aussagefähigkeit der Fragestellung kann also festgehalten werden, daß die Befragten der Kategorie Deutschland intern sowie absolut eine mittlere bis hohe Bewertung zuteil werden lassen. Sie identifizieren sich mehr oder weniger stark mit ihrem Heimatland und ihrer nationalen Lebensweise, neigen dabei aber nicht zu übertriebenem Nationalstolz. Der Um-

<sup>19</sup> Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: Die verletzte Nation: über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987, S. 17 - 39.

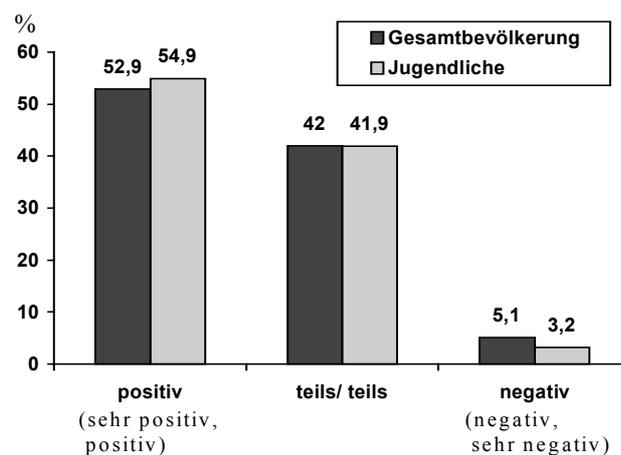
gang mit dem Land, in dem sie leben, ist besonders auch unter Berücksichtigung des spontanen Antwortverhaltens auf die Frage nach der emotionalen Zugehörigkeit ein eher pragmatischer. Der lokalen Identität des Einzelnen steht somit ein diffuses Gefühl der Gemeinschaft der Deutschen gegenüber, das man eher als „Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit“<sup>20</sup> bezeichnen könnte, denn als nationale Identität.

### 3.1.3 Internationale Identifikation

Abschließend wurde untersucht, inwieweit sich der Einzelne mit der Kategorie Europa identifizieren kann.<sup>21</sup> Zwei Fragestellungen sollen darüber Auskunft geben: zum einen die nach der Einstellung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union und zum anderen die nach dem Stolz, ein Europäer zu sein. Die erste Frage beschäftigt sich dabei weniger mit dem Gefühl, ein Europäer zu sein, als vielmehr mit der Akzeptanz einer wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft mit anderen europäischen Staaten. Es geht also um die Frage, inwiefern die deutsche Bevölkerung die an der Gemeinschaft teilhabenden Länder toleriert, akzeptiert und auf deren Wohlwollen vertraut.

#### Grafik 3:

„Wie ist Ihre Meinung über die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union?“



<sup>20</sup> Kohr/Wakenhut, 1992, S. 27 - 28.

<sup>21</sup> Vgl. Lippert, Ekkehard: Europäisches Bewußtsein? Zur Psychologie eines scheiternden politischen Projekts, in: Nationale Identität und europäisches Bewußtsein. Theoretische Entwürfe und empirische Befunde, SOWI-Arbeitspapier Nr. 93, München 1994, S. 117 - 129.

Mehr als die Hälfte der Befragten äußern sich positiv zur Mitgliedschaft der Deutschen in der EU und 42 % von ihnen sehen sowohl positive als auch negative Aspekte dieser Gemeinschaft. Lediglich 5,1 % lehnen die Mitgliedschaft ab. Dieses Resultat erlaubt die Feststellung, daß die Mehrheit der Deutschen Vertrauen in die EU und deren Mitgliedsländer hat und sich der Gemeinschaft der Europäer zugehörig fühlt. Eine Ablehnung der Europäischen Union findet man letztlich nur bei einem sehr geringen Teil der Bevölkerung. Es hat außerdem den Anschein, als fiele den Jugendlichen die Identifikation mit Europa etwas leichter. In Verbindung mit den vorangegangenen Ergebnissen kann man bei ihnen durchaus eine zunehmend über die Nation hinausgehende Identifikation konstatieren.

Letzteres zeigt sich auch bei der Betrachtung des Antwortverhaltens in bezug auf die zweite Fragestellung (vgl. Tabelle 4). Bei ihr zeigt sich, daß 77,5 % der Gruppe der Jugendlichen mehr oder weniger ihren Stolz darüber zum Ausdruck bringen, Europäer zu sein.<sup>22</sup> Im Vergleich zu jenen, die ihn bezüglich ihrer Bürgerschaft in Deutschland äußern (69,9 %), ist der Unterschied signifikant. Zwar fällt auch bei der Betrachtung der Zahlen der Gesamtbevölkerung - 72,5 % bei Deutschland, 75,2 % bei Europa - die größere Zustimmung zu Europa auf, doch ist die Differenz weitaus geringer als bei den Jugendlichen. Das Interesse eine über das Nationale hinausgehende Dimension der räumlichen Verortung zu finden wird gleichwohl auch in der Bevölkerung sichtbar.

---

<sup>22</sup> Untersucht man die Fragestellungen bezüglich des Nationalstolzes und des Europastolzes genauer, stellt sich heraus, daß diejenigen, die dann, wenn es um die Nation geht, ihren Stolz zum Ausdruck bringen, dies auch in bezug auf Europa tun. Diejenigen, die ihn bei der einen Fragestellung ablehnen, bleiben auch bei Europa dabei. So zeigt sich deutlich die Problematik der Verwendung des Begriffs des Stolzes in sozialwissenschaftlichen Erhebungen. Dennoch eignen sich die Ergebnisse als Vergleichswerte, da in beiden Fragestellungen der Begriff des Stolzes offensichtlich gleich verstanden wurde, und weil, wie ersichtlich, die Modifizierung der Bedeutung des Begriffs durch den Zusatz „mit gewissen Einschränkungen“ zu seiner deutlichen Entproblematierung führt.

**Tabelle 4:**

„Sind Sie stolz darauf, ein Europäer zu sein?“

	Gesamtbevölkerung	Jugendliche
<b>ja, sehr</b>	21,6 %	19,4 %
<b>ja, mit gewissen Einschränkungen</b>	53,6 %	58,1 %
<b>kaum</b>	18,8 %	16,6 %
<b>nein, überhaupt nicht</b>	5,8 %	5,9 %

Eine eingehendere Analyse des Antwortverhaltens in bezug auf die beiden Fragen nach empfundenem Stolz ergibt, daß 52,1 % des Bevölkerungsteils, der kaum und 39,6 % dessen, der überhaupt nicht über Nationalstolz verfügt, mehr oder weniger stolz sind, Europäer zu sein. Diejenigen, die besonders stolz auf ihre Nation sind, differenzieren sich zwar in der Europafrage etwas aus (44 % ja, sehr stolz. 44,6 % ja, mit gewissen Einschränkungen), sind insgesamt aber auch stolze Europäer.

Abschließend läßt sich sagen, daß die deutsche Bevölkerung die Kategorie Europa hoch bewertet und daß ein starkes Zugehörigkeitsgefühl deutlich wird. Es fällt ihr leichter - und dies gilt besonders für die Jugend - ihre Identifikation mit Europa selbstbewußt zu äußern als die mit der Bundesrepublik Deutschland.

Die deutsche Bevölkerung, die spontan ihre lokale Identität äußert, kann sich in ihrem mehrdimensionalen Lebensraum nachweisbar sowohl mit der nationalen, repräsentiert durch die Kategorie Gesamtdeutschland, als auch mit der internationalen Dimension, repräsentiert durch die Kategorie Europa, gut identifizieren. Da die genannten Kategorien politische, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen beinhalten, ist davon auszugehen, daß diese der allgemeinen Bewertung immanent sind, daß also eine grundsätzliche Übereinstimmung mit diesen Strukturen in der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung vorherrscht.<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> Hiermit ist nicht gemeint, daß der Einzelne etwa die Regierungspolitik des Landes befürwortet, wohl aber läßt sich vermuten, daß er das politische System akzeptiert.

## 3.2 Individuum oder Gesellschaft? - Politische Einstellungen, Werte und Lebenskonzepte

Werte, politische Einstellungen und Lebenskonzepte des Einzelnen bilden einen Teil der soziokulturellen Strukturen der räumlichen Kategorien ab, von denen im obigen Abschnitt die Rede war. Es ist daher zum einen interessant zu untersuchen, ob unter den Deutschen gemeinsame Werte und gemeinsame politische Vorstellungen existieren, die die deutsche Gesellschaft charakterisieren, zum anderen stellt sich die Frage, welche Rolle ein deutsches Gemeinwohl im Lebenskonzept des Einzelnen spielt. Eine Analyse beider Aspekte kann sowohl Auskunft über die innere Kohärenz der deutschen Gesellschaft als auch über Individualisierungsprozesse geben.

### 3.2.1 Politische Einstellungen<sup>24</sup>

Die unten angeführte Grafik (Grafik 4) gibt Auskunft über die tendenzielle Selbsteinschätzung der Befragten bezüglich ihrer politischen Einstellung. Sie zeigt, daß sich 70,8 % der Befragten in der Mitte der 11-Punkte-Skala ansiedeln und sich somit nicht dezidiert für eine der möglichen Ausprägungen entscheiden. Als mehr oder weniger *rechts*<sup>25</sup> bezeichnen sich 9,8 % und als mehr oder weniger *links*<sup>26</sup> 18,6 % der Gesamtbevölkerung. Bezieht man in diese Betrachtung ein, daß die Häufigkeit des Skalenwertes 5 über der des Skalenwertes 7 liegt, so wird eine leichte *links*-Tendenz erkennbar. Daher ist darauf hinzuweisen, daß die verwendete Skala keinen Wert mißt, der das parteipolitische Spektrum der Bundesrepublik widerspiegelt, sondern daß sie die individuelle Selbstverortung des Einzelnen im politischen Raum abbildet.

---

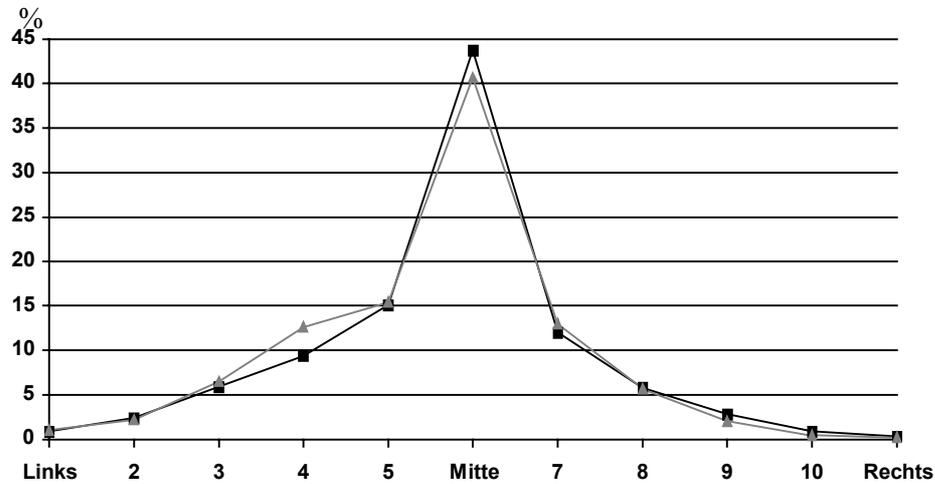
<sup>24</sup> Vgl. auch: Kohr/Wakenhut, 1992, S 37 - 42.

<sup>25</sup> Zusammenfassung der Skalenwerte 5 - 7.

<sup>26</sup> Zusammenfassung der Skalenwerte 1 - 4.

**Grafik 4:**

Politische Einstellung von 1=links bis 11=rechts



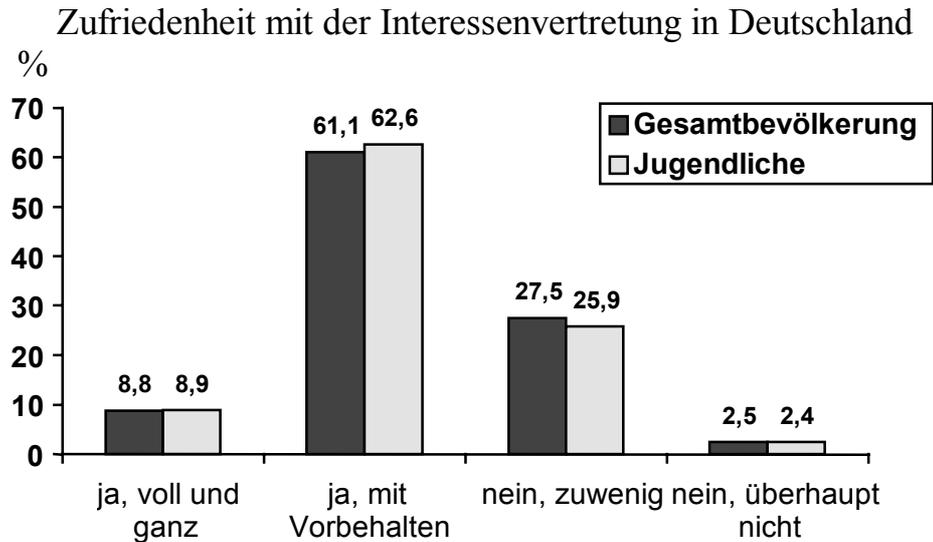
	Links	2	3	4	5	Mitte	7	8	9	10	Rechts
Gesamtbevölkerung	0,9	2,4	5,9	9,4	15,1	43,7	12,0	5,8	2,8	0,9	0,3
Jugendliche	1,0	2,2	6,5	12,6	15,4	40,7	13,0	5,7	2,0	0,4	0,2

Anhand einer weiteren Fragestellung betreffend die Zufriedenheit mit der Interessenvertretung des Einzelnen in Deutschland läßt sich erkennen, daß jene, die sich in der Mitte des politischen Meinungsspektrums wähnen, ihre Interessen in Deutschland überwiegend gut vertreten sehen.<sup>27</sup> Über die parteipolitischen Präferenzen kann keine Auskunft gegeben werden, wengleich die Ansiedlung der eigenen Person in der politischen Mitte auch als eine ausgeprägte Akzeptanz politischer Realität gedeutet werden kann.

Ein Blick auf die angesprochene Frage hinsichtlich des Einverständnisses mit der Interessenvertretung in Deutschland unterstützt diese Vermutung.

<sup>27</sup> Von den oben genannten 70,8 % der Bevölkerung mit keiner ausgeprägten *rechts-* oder *links-* Einstellung sind 73,7 % der Meinung, daß ihre Interessen in Deutschland voll und ganz bzw. mit gewissen Vorbehalten gut vertreten werden.

Grafik 5:



Die sich abbildende hohe Zufriedenheit ist ein weiteres Indiz für die Akzeptanz der politischen Strukturen Deutschlands durch die breite Bevölkerung.

Mögliche aktive Beteiligungsformen an der Entscheidungsfindung auf nationalstaatlicher Ebene wurden ebenfalls auf ihre Akzeptanz geprüft (vgl. Tabelle 5). Dabei ging es bei den abgefragten Beteiligungsformen um jeweils umstrittene Varianten politischer Partizipation. Auch hier zeigt sich im überwiegend homogenen Antwortverhalten eine gesellschaftliche Übereinkunft über Formen politischer Aktivität.

Die Unterzeichnung einer Unterschriftensammlung sowie die Beteiligung an einer Bürgerinitiative werden demnach als legitime Modelle der Einflußnahme verstanden. Die Beschädigung fremden Eigentums und die Anwendung von Gewalt gegen Personen im Rahmen von Demonstrationen lehnt man dagegen als Mittel zur Erreichung politischer Ziele ab.<sup>28</sup> Lediglich bei der Beurteilung der Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration zeigen sich unterschiedliche Standpunkte. Zwar weist der größte Teil der Bevölkerung diese zurück, doch befürworten immerhin 19,1 % der Befragten eine Teilnahme. In der Gruppe der Jugendlichen ist die Befürwortung noch größer und die Ablehnung gemäßiger.

<sup>28</sup> Es soll an dieser Stelle kurz auf die Auffälligkeiten in der Tabelle, die hier nicht analysiert werden können, hingewiesen werden: Gewalt gegen Personen wird weniger stark abgelehnt als die Beschädigung fremden Eigentums. Jugendliche lehnen Gewalt gegen Personen und die Beschädigung fremden Eigentums weniger kategorisch ab als Ältere.

**Tabelle 5:**

„Was halten Sie von diesen Verhaltensweisen“

<b>Verhaltensweise:</b>	befürworte voll und ganz	befürworte im großen und ganzen	lehne im großen und ganzen ab	lehne entschieden ab
<b>Unterzeichnung einer Unterschriftensammlung</b>				
gesamt	38,5 %	51,6 %	8,8 %	1,1 %
Jugendliche	42,5 %	49,2 %	7,5 %	0,8 %
<b>Beteiligung an einer Bürgerinitiative</b>				
gesamt	37,2 %	51,9 %	9,0 %	1,9 %
Jugendliche	40,3 %	51,0 %	7,9 %	0,8 %
<b>Beschädigung fremden Eigentums<sup>29</sup></b>				
gesamt	0,4 %	1,8 %	9,2 %	88,4 %
Jugendliche	0,4 %	2,0 %	15,4 %	82,0 %
<b>Anwendung von Gewalt gegen Personen<sup>30</sup></b>				
gesamt	0,5 %	2,9 %	11,6 %	84,9 %
Jugendliche	0,2 %	3,2 %	17,2 %	79,4 %
<b>Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration</b>				
gesamt	2,9 %	16,2 %	41,3 %	39,3 %
Jugendliche	3,8 %	22,9 %	47,4 %	25,9 %

Die vorgestellten Mittel zur Äußerung und Durchsetzung politischer Ziele werden unter Berücksichtigung moralischer und rechtlicher Grundsätze beurteilt. Zwar zeigt sich insbesondere in der letzten Abfrage, daß Moral und Recht nicht notwendigerweise eine Einheit bilden, doch sind sie Teil einer gesellschaftlichen Struktur, deren Zustimmung durch das einzelne Gesellschaftsmitglied dem dargelegten Antwortverhalten immanent ist.

<sup>29</sup> Im Rahmen einer Demonstration: Einreißen von Schildern, Einwerfen von Schaufenstern, etc.

<sup>30</sup> Im Rahmen einer Demonstration: Gewalt gegen Polizisten, gegnerische Demonstrantengruppe.

**Tabelle 6:**

„Wie ist Ihre Einstellung zu den politischen Gruppen oder Bewegungen, die ich Ihnen gleich vorlese?“

	Ich gehöre dieser Bewegung/ Gruppe an, rechne mich dazu	Ich bin nicht selbst dabei, finde die Bewegung/ Gruppe aber positiv	Ich mag diese Bewegung/ Gruppe weniger, halte sie für problematisch	Ich lehne diese Bewegung/ Gruppe völlig ab, bin dagegen	Die Bewegung/ Gruppe ist mir egal, interessiert mich nicht, weiß nicht
<b>Friedensbewegung</b>					
gesamt	3,3 %	72,7 %	10,6 %	2,1 %	11,2 %
Jugendliche	3,2 %	73,5 %	11,1 %	1,4 %	10,3 %
<b>Umweltschützer</b>					
gesamt	7,6 %	79,8 %	8,1 %	0,9 %	3,6 %
Jugendliche	6,9 %	82,0 %	6,9 %	1,2 %	3,0 %
<b>Gewerkschaften</b>					
gesamt	12,1 %	52,7 %	17,9 %	4,0 %	13,2 %
Jugendliche	8,9 %	53,8 %	14,4 %	2,8 %	19,8 %
<b>Nationalisten</b>					
gesamt	0,3 %	4,4 %	21,8 %	56,9 %	16,5 %
Jugendliche	0,0 %	3,6 %	22,7 %	53,4 %	20,0 %
<b>Skinheads</b>					
gesamt	0,1 %	1,0 %	7,0 %	84,6 %	7,3 %
Jugendliche	0,0 %	1,2 %	7,1 %	83,2 %	8,5 %
<b>Neonazis</b>					
gesamt	0,1 %	0,8 %	3,7 %	88,5 %	6,9 %
Jugendliche	0,0 %	0,8 %	4,0 %	87,0 %	8,1 %
<b>Menschenrechtsgruppen</b>					
gesamt	5,2 %	81,9 %	6,1 %	1,4 %	5,3 %
Jugendliche	4,5 %	82,6 %	5,5 %	1,4 %	5,9 %
<b>linke Gruppen</b>					
gesamt	1,6 %	13,0 %	29,2 %	36,5 %	19,7 %
Jugendliche	2,4 %	11,3 %	32,4 %	32,4 %	21,3 %
<b>rechte Gruppen</b>					
gesamt	0,8 %	3,8 %	21,2 %	59,0 %	15,2 %
Jugendliche	0,6 %	2,8 %	17,2 %	62,6 %	16,8 %

Ohne an dieser Stelle auf die Ergebnisse im einzelnen einzugehen (in anderem Zusammenhang wird später noch darauf zurückzugreifen sein), kann auch die obiger Tabelle als Beleg für gesellschaftlichen Konsens verstanden werden.

### 3.2.2 Alltägliche Orientierungsmuster

Nachdem ein weitestgehender gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich des politischen Systems und damit der politischen Struktur der nationalen Kategorie konstatiert werden konnte, stellt sich auch die Frage nach deren Ausgestaltung.

Der Begriff Hedonismus steht in der sozialwissenschaftlichen Forschung für eine Entwicklung, in der der Einzelne sich selbst und nicht eine Solidargemeinschaft, der er zugehörig ist, im Mittelpunkt einer jeden Entscheidung sieht und individuelles Erleben im Freizeitbereich zum Primat eigenen Handelns macht. Das Streben nach Lustgewinn führt zur Entpolitisierung und Kritiklosigkeit. Das Individuum wird egozentrisch und verliert seine soziale und kommunikative Kompetenz. Für eine Gemeinschaft wie auch für eine Nation kann eine solche Entwicklung in ihrer Extremform Auflösungserscheinungen mit sich bringen. Die Bedeutung des Nationalen für den Einzelnen - und damit etwa auch die Bereitschaft das eigene Land zu verteidigen - kann nur abgeleitet werden aus der Selbstkonzeption des Einzelnen als soziales Individuum.

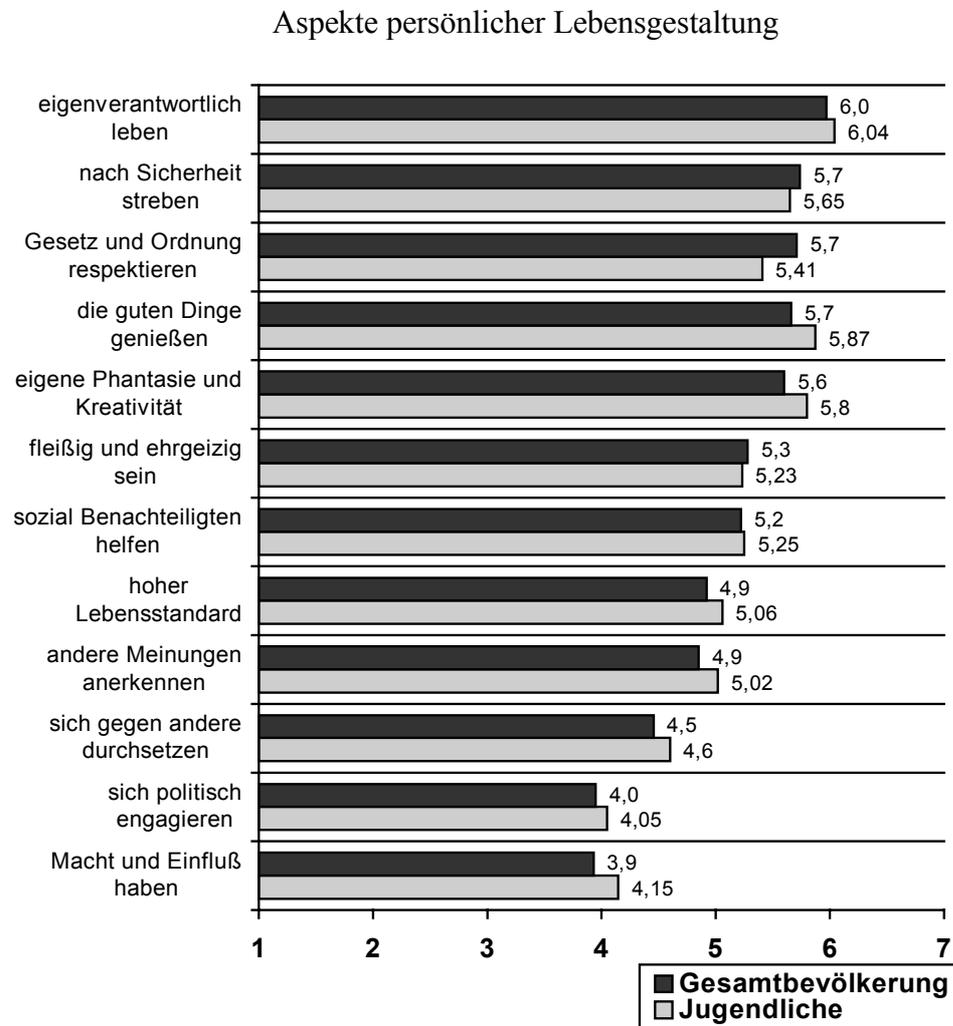
Die Untersuchung verschiedener Aspekte der persönlichen Lebensgestaltung (Grafik 6, 1=„ganz unwichtig“, 7=„sehr wichtig“) zeigt, daß in der deutschen Bevölkerung das Privatleben im Vordergrund des eigenen Handelns steht. Dabei fällt besonders die Betonung persönlicher Entfaltung und persönlicher Sicherheit auf. Man kann daraus schließen, daß die Nation für den Einzelnen wohl den Rahmen für die persönliche Entfaltung bietet, aber keinen Platz im Mittelpunkt individuellen Lebens findet.

Eigenverantwortliches Leben und Handeln, das Streben nach Sicherheit, das Genießen der guten Dinge im Leben und die Entwicklung der eigenen Phantasie und Kreativität werden durch die Befragten als sehr wichtig bezeichnet. Auch die hohe Bewertung der Respektierung von Gesetz und Ordnung kann als Hinweis auf die Bedeutung von Sicherheit für den Einzelnen betrachtet werden, schließlich impliziert diese Angabe auch die Hoffnung auf eine allgemeine Anerkennung der beiden Regulative durch die Gesellschaftsmitglieder.

Gleichzeitig rangieren politisches Engagement und Handlungsweisen, die soziale Kompetenz, Kommunikation und Verantwortung für andere bedeuten, wie „Macht und

Einfluß haben“, „sich gegen andere durchsetzen“, „andere Meinungen haben“ am Ende der Rangliste.

**Grafik 6:**



Damit sieht sich der deutsche Bürger überwiegend als unpolitisch, angepaßt und genießerisch. Der „Erfolgsmensch“, der von Durchsetzungsfähigkeit, Machtstreben und einem hohen Lebensstandard gekennzeichnet ist, wird eher skeptisch betrachtet. Tatsächlich zeichnet sich eine Selbstkonzeption ab, die stark mit der Lebenswirklichkeit des Einzelnen korreliert. Unerreichbare Ziele werden als weniger wesentlich bewertet und Konfliktpotential verdrängt. Das eigene, private Leben steht im Mittelpunkt und das

politische Engagement, der Wille zu Engagement überhaupt steht dahinter zurück.

Ein dominierender Bereich des Lebens des Einzelnen ist der eigene Arbeitsplatz und auch hier stehen Sicherheit, Harmoniestreben und die persönliche Selbstverwirklichung

bei der Bewertung durch die Befragten im Vordergrund. Erneut rangieren die Übernahme von Verantwortung sowie das Erreichen von Einfluß und Macht am Ende der Skala (vgl. Tabelle 7). Wichtiger sind Arbeitsplatzsicherheit, freundliche Arbeitskollegen/innen, Einkommenssicherheit, Einbringen des eigenen Wissens, Selbstverwirklichung und unbelastete Freizeit.

Wie schon bei der politischen Selbsteinschätzung kann auch in der Bewertung der eigenen Arbeit, einem wesentlichen Bestandteil des Lebens des Einzelnen, ein starker Bezug auf die Arbeitswirklichkeit des Einzelnen festgestellt werden. Nicht die erreichbaren oder unerreichbaren Ziele stehen in der Bewertung ganz oben, sondern das Abfinden mit der Realität. Besonderer Ausdruck dafür ist die Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit. In einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland, in der die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes sehr groß ist, steht die Sicherheit des Arbeitsplatzes und, damit zusammenhängend, des Einkommens weit vor dem Wunsch nach der Verwirklichung eigener Vorstellungen oder gar nach einer erfüllenden Tätigkeit.

**Tabelle 7:**

„Was sind für Sie die wichtigsten Gesichtspunkte bei der Beurteilung der eigenen Arbeit? Bitte entscheiden Sie bei jedem der folgenden Gesichtspunkte, ob er für Sie sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, unwichtig ist.“

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	Mittelwert
<b>eine interessante, allgemein gut angesehene Arbeit</b>					
gesamt	38,6 %	50,6 %	9,4 %	1,0 %	1,72
Jugendliche	40,5 %	47,4 %	10,9 %	0,8 %	1,71
<b>eine sichere Arbeit/ein sicherer Arbeitsplatz</b>					
gesamt	67,1 %	27,2 %	4,7 %	0,7 %	1,38
Jugendliche	64,4 %	28,3 %	6,3 %	0,6 %	1,42
<b>freundliche Arbeitskollegen/innen</b>					
gesamt	51,7 %	40,7 %	6,9 %	0,4 %	1,55
Jugendliche	52,2 %	42,3 %	4,9 %	0,2 %	1,52
<b>seine eigenen Vorstellungen verwirklichen können</b>					
gesamt	42,3 %	46,0 %	10,6 %	0,7 %	1,69
Jugendliche	43,9 %	47,4 %	8,3 %	0,0 %	1,64

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	Mittelwert
<b>nach der Arbeit wirklich unbelastet Freizeit haben</b>					
gesamt	43,0 %	41,8 %	13,6 %	1,2 %	1,72
Jugendliche	45,5 %	40,9 %	11,9 %	1,2 %	1,68
<b>ein gutes Einkommen</b>					
gesamt	48,3 %	45,4 %	5,7 %	0,1 %	1,57
Jugendliche	48,0 %	44,5 %	6,9 %	0,2 %	1,59
<b>Einfluß und Macht haben</b>					
gesamt	8,7 %	28,0 %	49,2 %	13,8 %	2,67
Jugendliche	10,1 %	30,8 %	46,6 %	11,9 %	2,59
<b>Verantwortung tragen</b>					
gesamt	22,7 %	54,7 %	19,8 %	2,5 %	2,02
Jugendliche	19,2 %	54,7 %	23,7 %	2,0 %	2,08
<b>Erfüllung in der Arbeit finden, auch wenn die Belastung hoch ist</b>					
gesamt	35,6 %	50,6 %	11,8 %	1,6 %	1,79
Jugendliche	32,6 %	51,4 %	14,0 %	1,4 %	1,83
<b>sein Wissen anwenden können</b>					
gesamt	44,6 %	48,9 %	5,8 %	0,3 %	1,61
Jugendliche	44,1 %	49,0 %	6,3 %	0,2 %	1,62

Bei einer Betrachtung der Teilgruppe der Jugendlichen fallen keine wesentlichen Differenzen zur Gesamtbevölkerung auf. Eine gesonderte Analyse ist daher nicht nötig.

Insgesamt ist eine handlungsleitende Egozentrik zu erkennen. Diese ist durch die Wertkonzeption des Einzelnen bedingt. Gleichzeitig beklagen die Befragten diese Haltung. So stimmen 86,1 % von ihnen der Aussage zu, daß heute jeder zu sehr mit sich selbst beschäftigt sei. Es wird erkennbar, daß die Bevölkerung sich so selbst in einen Teufelskreis manövriert, deren Auswirkungen sie bedauert.

Ziehen sich die Deutschen also auf ihr Selbst zurück, ohne dies wirklich zu wollen? Sind sie etwa dazu genötigt?

Ansätze einer Antwort auf diese Fragen wird die Betrachtung von Sicherheitsempfinden und Bedrohungspotentialen geben können.

Es soll an dieser Stelle noch einmal ein Blick auf die Tabelle am Ende des letzten Abschnitts (Tabelle 6) geworfen werden. Dort wurden die Befragten hinsichtlich ihrer Einstellung zu verschiedenen politischen Gruppen und Bewegungen gefragt. Im Sinne der letzten Ausführungen sei darauf verwiesen, wie hoch einerseits die Zustimmung zu einigen der gesellschaftlich relevanten Gruppen/Bewegungen wie der Friedensbewegung,

den Umweltschützern, den Menschenrechtsgruppen und den Gewerkschaften ist, wie niedrig hingegen andererseits die Mitgliedschaft in bzw. die empfundene Zugehörigkeit zu diesen Gruppen/Bewegungen bewertet wird. Die in Deutschland seit langem (mit kurzer Unterbrechung in der Zeit unmittelbar nach der deutschen Einigung) rückläufigen Zahlen der Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaften unterstützen diese Ergebnisse.<sup>31</sup> Betrachtet man das gesellschaftliche Engagement des Einzelnen auf nationaler Ebene als Maßeinheit für das Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit bleibt also festzustellen, daß der Trend der Individualisierung, der seinen Ausdruck im Sicherheitsbedürfnis und dem Wunsch nach Selbstverwirklichung findet, diesem entgegenwirkt.

### 3.3 Verhältnis des Einzelnen zu Ausland, Ausländern und Ethnien

Ausländer<sup>32</sup> und andere Nationen bieten ein besonderes Potential zur Erhebung von Formen nationaler Bindung. Die Nation hat, wie schon an anderer Stelle beschrieben wurde, sicher eine innere Konsistenz, die historisch-kulturell bedingt ist. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle den Streit in den Sozialwissenschaften wieder aufzunehmen, ob der Nationalstaat eine sich natürlich aus gemeinschaftlichen soziokulturellen Werten ergebende Kategorie ist, oder ob er sich erst durch die bewußte territoriale Abgrenzung als Machtbereich gründet. Es kann aber wohl angenommen werden, daß beide Theorien sich nicht ausschließen und beide für die Entwicklung eines Nationalstaates von besonderer Bedeutung sind.<sup>33</sup>

Ausland und Ausländer spielen für die Identität eines Nationalstaates und seiner Bürger insofern eine entscheidende Rolle, als sich die Nation durch Ein- und Ausgrenzung de-

---

<sup>31</sup> Vgl. u. a. Baratta, Mario von (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach 1996, Frankfurt 1995, S. 204 - 206 u. 237 - 238.

<sup>32</sup> Der Begriff des „Ausländers“ findet in der vorliegenden Untersuchung bewußt Verwendung. Er ist Bestandteil des spezifisch deutschen Diskurses eines gesellschaftlichen Phänomens, dem die Definition von Wolfgang Bergmann und Hans-Jürgen Seemann zugrunde liegt, daß begrifflich Ausländer sei, wer alltagssprachlich vom Einzelnen aufgrund körperlicher Merkmale, Kleidung oder unkonventioneller Verhaltensweisen, wie Sprache oder Gestik als solcher klassifiziert werde. Vgl. Bergmann, Wolfgang/Seemann, Hans-Jürgen: Der Haß auf alles Fremde. Wächst Ausländerfeindlichkeit auch bei Menschen, die das gar nicht wollen? In: Sozialmagazin, Heft 10, 1982, S. 50 - 57. Vgl. außerdem als empirischen Beleg: Leiprecht, Rudolf: Probleme subjektwissenschaftlicher Forschungspraxis: am Beispiel des Forschungsobjekts „Zur subjektiven Funktionalität von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen“, in: Held, Josef (Hrsg.): Subjektbezogene Jugendforschung, Hamburg 1989, S. 47 - 50.

<sup>33</sup> Vgl. Bielefeld, Uli: Das Konzept des Fremden und die Wirklichkeit des Imaginären, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburg 1991, S. 115 - 117.

finiert. Wesentlicher Bestandteil der Identität ist die Abgrenzung von anderen, denn in der Erkenntnis des Andersseins liegt die Grundlage der Erkenntnis der eigenen Zugehörigkeit.<sup>34</sup>

Im Folgenden wird die Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern im In- und Ausland untersucht und auf Korrelationen zwischen Nationalstolz und Ausländerbeurteilung hingewiesen. Die gewonnenen Ergebnisse sollen auch als Hintergrund für die später zu betrachtende Frage nach Bedrohungspotentialen für Deutschland und die Beurteilung der internationalen militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit dienen.

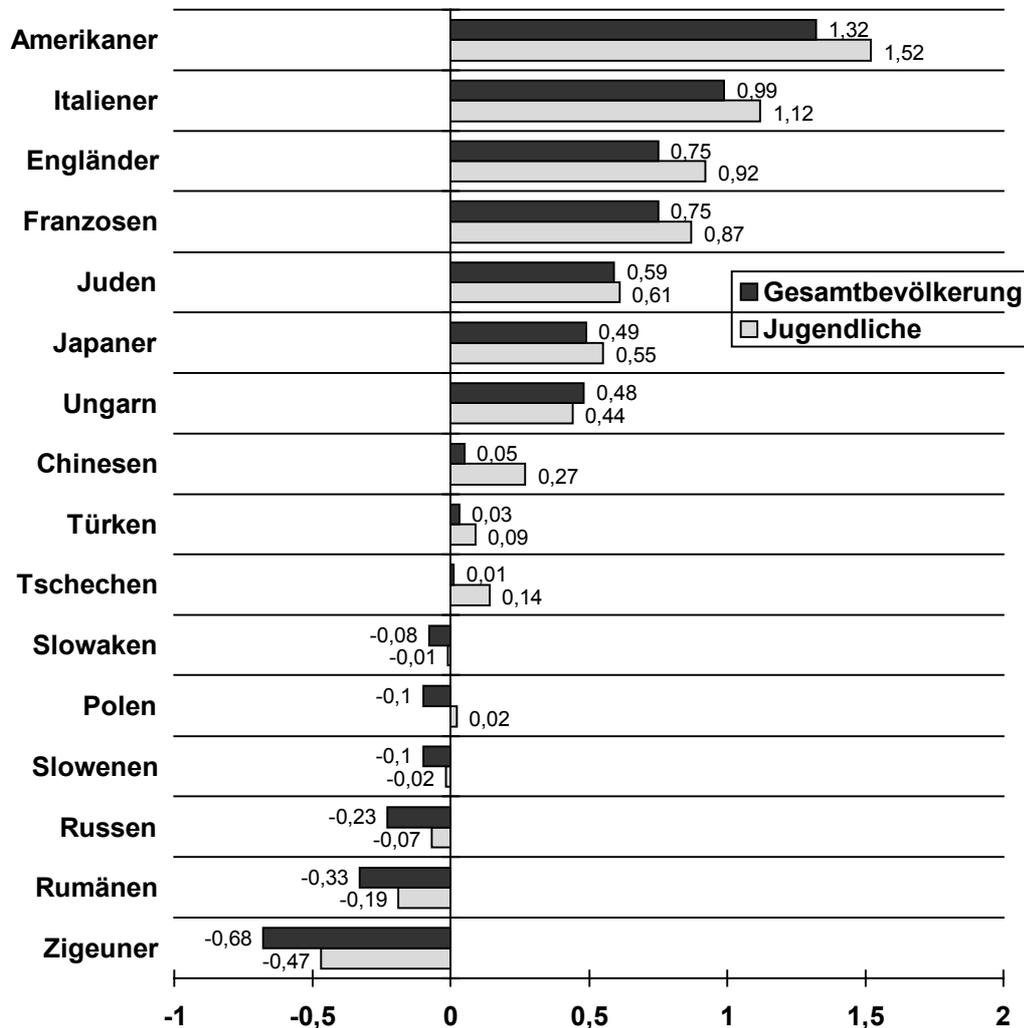
Die Beurteilung verschiedener Nationalitäten und Ethnien durch die Befragten sieht wie folgt aus:

---

<sup>34</sup> Vgl. zur Einführung in die Thematik: Rähzel, Nora: Deutsche Nation und Bilder von „Ausländern“ in der westdeutschen Presse, in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, Heft 46, 1992, S. 194 - 209.

**Grafik 7:**

Einstellung zu verschiedenen Nationalitäten bzw. ethnischen Gruppen



Die Abbildung beruht auf einer Skala mit den Werten 1=„sehr negativ“ bis 7=„sehr positiv“. Zur Veranschaulichung der Ergebnisse wurde der Wert 4 zum Mittelpunkt gewählt und die Ausprägungen der Beurteilung reichen demnach von -3 bis +3.

Auffällig ist zunächst die hohe Bewertung der wirtschaftlich, politisch und kulturell mit Deutschland verbundenen westlichen Länder USA, Italien, England und Frankreich. Es folgen Juden, Japaner und Ungarn. Ungarn ist das erstgenannte osteuropäische Land. Es wird im Vergleich zu anderen Nationen Osteuropas sehr positiv bewertet. Die Rolle Ungarns während des Umbruchs in der DDR wird sicher mit diesem Votum gewürdigt. Ansonsten werden den Nachbarstaaten Ungarns bis auf Tschechien, bei dem man sich nicht so recht entscheiden kann, im Durchschnitt nur negative Bewertungen zuteil. Am Ende der Bewertungsliste befindet sich mit großem Abstand die ethnische Gruppe der

Zigeuner. Auch Russen und Rumänen weisen hohe negative Werte auf, die wohl als Resultat der jüngeren Geschichte gedeutet werden können, aber auch durch die Medienberichterstattung über kriminelle Banden aus diesen Ländern, die Deutschland verunsichern, beeinflußt werden.

Grundsätzlich drückt die Grafik also die Verbundenheit der deutschen Bevölkerung mit dem westlichen Wertesystem aus. Auffällig ist auch die Tatsache, daß Jugendliche (bis auf eine Ausnahme) fast immer sehr viel positivere Bewertungen der abgefragten Nationalitäten/Ethnien vornehmen. Dies läßt darauf schließen, daß sie grundsätzlich weniger zur Präjudikation neigen.

Neben der allgemeinen Fragestellung bezüglich einiger willkürlich ausgewählter Nationen oder Gruppen wurde die Frage nach der Beurteilung der Bürger der Nachbarstaaten Deutschlands mit folgendem Ergebnis gestellt:

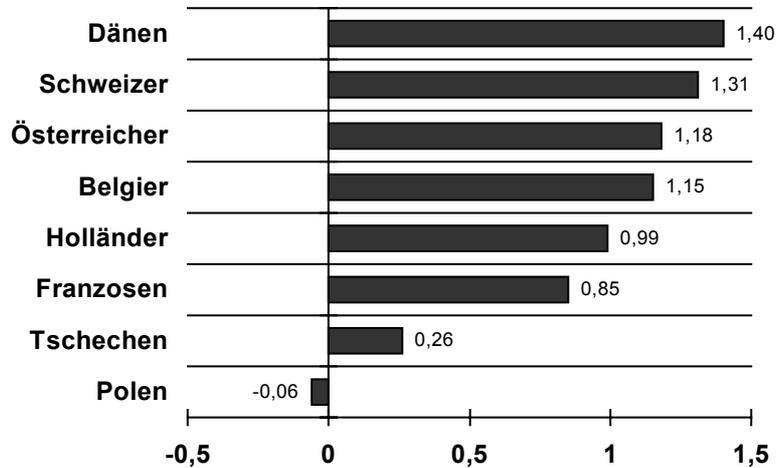
Wie ersichtlich (Grafik 8), ergibt sich eine Sympathie-Rangfolge, bei der offensichtlich die geographische Lage der jeweiligen Länder und die politische Zuordnung zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes eine entscheidende Rolle spielen.<sup>35</sup> Die osteuropäischen Länder bleiben mit großem Abstand hinter den westlichen Nachbarstaaten zurück, Polen wird insgesamt sogar negativ bewertet. Die Schweiz und Österreich werden wohl angesichts der kulturellen Ähnlichkeiten, auch in bezug auf die Sprache, hoch eingeschätzt. Auch die Tatsache, daß diese beiden Länder und auch Dänemark in der jüngsten deutschen Geschichte nicht als Gegner empfunden wurden und auch als bevorzugte Urlaubsregionen gelten, mag eine Rolle spielen. Daß Frankreich unter den westeuropäischen Nachbarn Deutschlands bei der Bekundung von Zuneigung das Schlußlicht bildet, sollte nicht

---

<sup>35</sup> Die Jugendlichen sind hier aus Platzgründen nicht gesondert aufgeführt. Erneut gilt, daß ihre Bewertungen jeweils positiver sind als die des Durchschnitts der Gesamtbevölkerung.

**Grafik 8:**

Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Bürgern verschiedener Nachbarstaaten



überbewertet werden, da die in früheren Untersuchungen immer sehr viel positiveren Bewertungen in der zugrundeliegenden Befragung im Herbst 1995 nachweisbar stark unter den Folgen der negativen Rezeption der französischen Atomtests auf Muroroa durch die deutsche und europäische Öffentlichkeit leiden.<sup>36</sup>

Es sei an dieser Stelle, wie im Vorfeld schon erwähnt, darauf hingewiesen, daß ein starker Zusammenhang zwischen Nationalstolz und der Bewertung einer anderen Nation besteht. Mit zunehmendem Nationalstolz werden andere Nationen, mit Ausnahme der USA, kontinuierlich negativer bewertet. Besonders deutlich wird dies etwa in der ersten Fragestellung dieses Abschnitts bei der Bewertung der Juden. Die Befragten, die uneingeschränkten Nationalstolz äußern, erreichen einen Sympathiewert für Juden von 0,14, womit Juden bei ihnen in der Nationalitäten/Ethnien-Rangliste an siebter Position stehen. Jene, die überhaupt nicht stolz darauf sind, ein Bürger Deutschlands zu sein, erreichen einen Wert von 1,05 und setzten damit die Juden an die Spitze ihrer Rangliste. Es scheint, als sei es die besondere Rolle, die Juden im nationalen Diskurs in Deutschland einnehmen, die dazu führt, daß das Antwortverhalten von Befragten mit unterschiedlich ausgeprägtem Nationalstolz stark differiert. Diese Annahme soll anhand eines weiteren Beispiels verdeutlicht werden.

---

<sup>36</sup> Vgl. Klein, Paul: Geringer Bekanntheitsgrad. Bi- und multinationale militärische Zusammenarbeit findet kaum Interesse, in: Information für die Truppe, Heft 6/1996, S. 48 - 49.

Aus den im folgenden präsentierten Zahlen läßt sich die Bedeutung des Ausländers im In- und Ausland als Katalysator für die nationale Identifikation analysieren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß „der Ausländer“ auch ausschließlich auf der Ebene eines nationalen Diskurses Funktionsträger ist.<sup>37</sup> Selbst dann, wenn der Einzelne auf lokaler Ebene ein Problem mit einem Ausländer hat, muß er sich auf die nationale Ebene berufen, um etwa ihm gegenüber Vorrechte geltend zu machen, denn er begegnet ihm im Rahmen anderer Diskurse nicht unmittelbar als Ausländer, sondern als Kollege, Mitbürger oder Nachbar. Gleiches gilt, wie gesehen, bei der Bewertung anderer Nationen. Man bewegt sich auf der nationalen Ebene und urteilt über eine andere Nation, indem man sie aus der Perspektive der eigenen Nation betrachtet, ja sie mit der eigenen Nation vergleicht. Ein

solcher Vergleich wird selbstverständlich mit der Erhöhung des Wertes des eigenen Heimatlandes immer negativer. Ist man hingegen ambivalent gegenüber der Nation, in der man lebt, eingestellt, wird man a) der Beurteilung eines anderen Landes eine differenziertere Betrachtung zugrunde legen und b) weniger Vorbehalte haben, ein Land positiv einzustufen, da man sich nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander sieht.

**Tabelle 8:**

Zustimmung zu Statements Ausländer betreffend nach Grad des Nationalstolzes<sup>38</sup>:

<b>Nationalstolz:</b>	ja, sehr	ja, eingeschränkt	nein, kaum	überhaupt nicht
<b>Es macht Spaß mit Ausländern zusammen zu sein</b>				
stimme zu (71,0 %)	62,0 %	72,3 %	73,9 %	82,0 %
stimme nicht zu (27,5 %)	36,7 %	26,3 %	23,6 %	18,0 %
<b>Alle diese Ausländer zerstören langsam aber sicher unsere Kultur</b>				
stimme zu (20,2 %)	32,0 %	18,5 %	14,0 %	10,7 %
stimme nicht zu (79,5 %)	67,3 %	81,2 %	85,7 %	89,3 %
<b>Es ist gut, daß in Deutschland viele Ausländer leben</b>				
stimme zu (39,3 %)	26,4 %	36,9 %	51,0 %	62,5 %
stimme nicht zu (59,5 %)	72,9 %	62,0 %	47,9 %	34,6 %

<sup>37</sup> Vgl. Demirovic, Alex: Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt „Rassismus“ in Ideologiekritik und Ideologietheorie, in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, Heft 46, 1992, S. 25.

<sup>38</sup> Lesebeispiel: Insgesamt stimmen 39,3 % der Bevölkerung der Ansicht zu, daß es gut sei, daß viele Ausländer in Deutschland leben. 59,5 % stimmen dem nicht zu. 26,4 % derer, die sehr stolz darauf sind, Bürger Deutschlands zu sein stimmen der Aussage zu, 72,9 % von ihnen nicht. ...

<b>Nationalstolz:</b>	ja, sehr	ja, eingeschränkt	nein, kaum	überhaupt nicht
<b>Man kann Ausländern einfach nicht trauen</b>				
stimme zu (14,2 %)	21,2 %	13,8 %	11,1 %	5,1 %
stimme nicht zu (84,9 %)	77,4 %	85,4 %	87,8 %	94,9 %
<b>Von den Ausländern können wir viel Positives lernen</b>				
stimme zu (66,9 %)	54,6 %	67,5 %	75,5 %	77,7 %
stimme nicht zu (32,2 %)	44,8 %	31,4 %	23,3 %	21,2 %
<b>„Deutschland den Deutschen“ ist ein guter Leitsatz für die Politik</b>				
stimme zu (15,8 %)	29,3 %	13,7 %	8,3 %	4,0 %
stimme nicht zu (83,8 %)	69,6 %	85,4 %	91,1 %	96,0 %

Zwar macht die obige Tabelle deutlich, daß die Masse der Deutschen Vorurteile gegenüber Ausländern nicht teilt<sup>39</sup> und den Umgang mit ihnen durchaus als gewinnbringend erfährt, gleichzeitig überrascht jedoch, daß eine Mehrheit der Meinung ist, es sei nicht gut, daß es viele Ausländer in Deutschland gäbe. Es geht nicht soweit, daß die Befragten „Deutschland den Deutschen“ zum Leitsatz der Politik machen wollen, trotzdem offenbart sich ein ambivalentes Verhältnis zu den in Deutschland lebenden Ausländern, das durch die Unsicherheit, sich bei Beurteilungen zwischen Moral, Pragmatik und Nationalismus entscheiden zu müssen, geprägt ist.

Ein weiterer, schon angesprochener Aspekt, ist die Beziehung zwischen Nationalstolz und der Beurteilung von Ausländern. Ablehnende Haltungen gegenüber letzteren werden am ehesten (im Verhältnis zu den Vergleichsgruppen) und am deutlichsten (innere Kohärenz der Urteile in der speziellen Gruppe) von jenen geäußert, die sehr stolz darauf sind, Bürger Deutschlands zu sein. Die Beurteilung von Ausländern verläuft geradezu umgekehrt proportional zu Nationalstolz. Besonders prägnant wird dies bei Analyse des Statements „Es ist gut, daß in Deutschland viele Ausländer leben“. Nur 26,4 % derer, die sich sehr stolz zur Zugehörigkeit zu Deutschland bekennen, stimmen dieser Aussage

<sup>39</sup> Es muß bei der Betrachtung der Zahlen das sozial erwünschte Verhalten berücksichtigt werden, das dazu führt, daß der Befragte eher dazu neigt, Fragestellungen zu problematischen, gesellschaftlichen Themenbereichen so zu beantworten, wie es seiner Meinung nach politisch, ethisch oder moralisch korrekt im Sinne der „öffentlichen Meinung“ ist. Desweiteren sei hier darauf hingewiesen, daß sich das Antwortverhalten der Jugendlichen von dem der Gesamtbevölkerung nicht wesentlich unterscheidet.

zu. Dagegen heißen 62,5 % der Befragten, die sich über ihre Nationalität überhaupt nicht stolz äußern, diese Aussage gut. Es ergibt sich im Zustimmungsverhalten eine Differenz von 36,1 % und eine Umkehrung der Grundhaltung gegenüber der Anwesenheit von Ausländern!

Zwar ist eine direkte Abhängigkeit der Bewertung von Ausländern vom Grad des Nationalstolzes zu konstatieren, jedoch halten sich auch die sehr stolzen Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrheit bei der Zustimmung zu stark stigmatisierenden, sozial nicht erwünschten Statements zurück bzw. lehnen diese ab. Diese Gruppe hat somit letztlich auch Teil am gesamtgesellschaftlichen Konsens bezüglich des Umgangs mit den in Deutschland lebenden Ausländern.

Dennoch zeigt sich, daß jene Befragten, die eine starke Affinität zur Nation haben, und sich daher bei der Betrachtung anderer Länder, Ethnien und bei Ausländern die Ebene des nationalen Diskurses sehr zu eigen machen und der eigenen Nation einen hohen Wert zusprechen, tendenziell der negativeren Beurteilung zuneigen.

### **3.4 Exkurs - Das Phänomen des Stolzes auf die eigene Nationalität**

In der bisherigen Analyse deutete sich an, daß die Korrelation zwischen verschiedenen Antworten und dem Grad des geäußerten Nationalstolzes einen hohen Erklärwert besitzt, da viele der abgefragten Themenbereiche den Aspekt des Nationalen beinhalten. Da auch im weiteren Verlauf der Untersuchung das Nationale bei Betrachtung von Sicherheit, Bundeswehr und Wehrdienst eine besondere Rolle spielt, erscheint es sinnvoll, auch dort eine Differenzierung der Befragten nach dem Grad ihres geäußerten Nationalstolzes vorzunehmen. Die bisher - und auch in den folgenden Ausführungen - feststellbaren Korrelationen zwischen Nationalstolz und anderen Fragestellungen sind so signifikant, daß eine univariate Index- oder Skalenbildung naheläge. Da diese den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, soll auch im folgenden lediglich die Variable „Nationalstolz“ zu Vergleichszwecken herangezogen werden.

Es werden nun einige Antwortverhalten und soziodemografische Aspekte aufgeführt, die mit Nationalstolz korrelieren, um sich so dem Phänomen des Stolzes auf die eigene Nationalität anzunähern.

Befragte, die sich sehr stolz darüber äußern, Bürger Deutschlands zu sein, leben überwiegend in Dörfern und Kleinstädten. Sie wechseln weniger häufig den Wohnort als die Vergleichsgruppen, können somit auch als sehr heimatverbunden bezeichnet werden.

Mit zunehmendem Nationalstolz wächst das Durchschnittsalter der Befragten und die Anzahl der Rentner in der Gruppe steigt. Der Bildungsabschluß wird niedriger, so daß sich unter den Nationalstolzen auch nur ein extrem geringer Anteil an Studenten findet. Ihr Einkommen ist durchschnittlich, jedoch wächst mit zunehmendem Nationalstolz die Anzahl der Kinder im Haushalt. Die Äußerung von Nationalstolz ist vom Geschlecht der Person unabhängig.

Mit zunehmendem Stolz auf Deutschland verändert sich die politische Selbsteinschätzung des Einzelnen von *links* nach *mitte-rechts*, die spontane Äußerung eines emotionalen Zugehörigkeitsgefühls nimmt zu und auch in das deutsche Sicherheits-, Rechts- und Wirtschaftssystem wird zunehmend stärker vertraut. Die Befragten sehen ihre Interessen in Deutschland besser vertreten und halten eine starke Regierung für einen entscheidenden Sicherheitsfaktor.

In den nachfolgenden Abschnitten wird auf den einen oder anderen Zusammenhang noch intensiv eingegangen werden.

#### **4 Dimensionen der Sicherheit<sup>40</sup>**

„Sicherheit“ ist ein Begriff mit großer Bedeutungsvielfalt. Selbstsicherheit, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Verkehrssicherheit, Urteilssicherheit, Rechtssicherheit, militärische Sicherheit, Sicherheit des Kindes, des eigenen Lebens, Sicherheitsschloß, Sicherheitsausstattung sind Beispiele für die Verwendung von „Sicherheit“. Das Wort kann psychologische, emotionale, physische, rechtliche oder technische Zustände beschreiben, in denen der Einzelne sich keiner Gefahr ausgesetzt sieht oder sich vor ihr geschützt fühlt. Gefahren sind Un-Sicherheiten, die das individuelle Leben in verschiedenen Formen negativ beeinträchtigen können. Solche Beeinträchtigungen sind jedoch nicht gewünscht und daher werden Verfahren entwickelt, die Gefahrenpotentiale reduzieren

---

<sup>40</sup> In den Ausführungen dieses Kapitels wird auf die vergleichende Analyse von Gesamtgesellschaft und Jugendlichen weitestgehend verzichtet, da sie sich inhaltlich als unergiebig erweist. Werden keine gesonderten Zahlen zum Antwortverhalten der Jugendlichen angegeben, ist davon auszugehen, daß es dem der Gesamtbevölkerung entspricht.

sollen. Das Individuum kann sich (und seine Familie) etwa durch Versicherungen vor den monetären Gefahren der Arbeitslosigkeit, der Invalidität oder des Todes sichern, oder sich durch technische Mittel, wie z. B. den Airbag, unmittelbar gegen körperliche Schäden durch Unfälle schützen.

Auf nationaler Ebene ist die staatliche Integrität und damit die Sicherheit der territorialen Grenzen ein Ziel von Sicherungsverfahren. Die Art der Verfahren können nun ganz unterschiedlicher Art sein. Im letztgenannten Fall könnten etwa diplomatische Gespräche die Grenzen sichern oder Grenzverträge unterzeichnet werden. Man könnte durch Aufrüstung Nachbarländer vor einer Mißachtung der nationalen Integrität warnen, die Grenzen könnten direkt bewacht werden, Mauern können gebaut, Schießanlagen eingerichtet und Minenfelder angelegt werden, um die Grenze zu sichern, usw.

Im Folgenden wird untersucht, welche Sicherheits- und welche Unsicherheitsfaktoren im Alltag für die deutsche Bevölkerung eine Rolle spielen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen dann bei der Frage nach der Beurteilung der Bundeswehr als sichernder Institution berücksichtigt werden.

#### **4.1 Unsicherheitsfaktoren**

Unsicherheitsfaktoren sind Gefahren oder Gefahrenpotentiale (Bedrohungen), die den Einzelnen beunruhigen, seine Sicherheitsbestrebungen stören. Die Befragten der vorliegenden Untersuchung bewerten das Streben nach Sicherheit sehr hoch (vgl. Grafik 6). Auf einer Werteskala von 1 „ganz unwichtig“ bis 7 „sehr wichtig“ erhält dieses Streben einen Durchschnittswert von 5,74, wobei 64,4 % der Befragten die Skalenwerte 6 und 7 belegen. Das erkennbare Interesse an Sicherheit erfordert in zweierlei Hinsicht Unsicherheitsfaktoren. Zum einen gäbe es ein Streben nach Sicherheit ohne die Existenz von Unsicherheitsfaktoren nicht, zum zweiten müssen die Unsicherheitsfaktoren konkret vom Einzelnen erfahrbar und angsterregend sein, denn aufgrund einer abstrakten Existenz von Bedrohungen allein bedarf es keines besonderen Schutzes. Das Streben nach Sicherheit macht darüber hinaus deutlich, daß die Befragten davon ausgehen, den drohenden Gefahren entgegenwirken zu können.

Wenn die Befragten den Eindruck haben, daß die Gefahren, denen sie ausgeliefert sind, nicht unvermeidbar sind, ist anzunehmen, daß sie sie benennen können, und daß es sich im wesentlichen um gesellschaftliche Gefahren handelt und nicht etwa um zu erwartende Naturkatastrophen. Im folgenden werden verschiedene Gefahrenpotentiale ausgemacht. Es soll zwischen individuellen (unmittelbaren) und gesellschaftlichen (mittelbaren)

Unsicherheitsfaktoren, wie später auch Sicherheitsfaktoren, differenziert werden.<sup>41</sup> Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß diese Unterscheidung lediglich eine strukturelle Ebene der Existenz von Gefahrenpotentialen beschreibt. Das Antwortverhalten des Einzelnen meint indes immer eine persönliche, also individuelle Bedrohung.

#### 4.1.1 Unmittelbare Unsicherheitsfaktoren

An dieser Stelle muß zunächst die Unterscheidung zwischen diffusen und konkreten Ängsten vor Unsicherheiten vorgenommen werden. Hier sollen die diffusen Ängste auch als Unsicherheitsfaktoren des individuellen Lebens gelten. Diffuse Unsicherheitsfaktoren sind nicht unbenennbar. 77,8 % der Bevölkerung sind in Deutschland der Meinung, daß die meisten Leute sich heute unsicher fühlen. Davon ausgehend, daß diese Frage, zwar reflexiv gestellt, zu einer Selbstauskunft des Befragten führt, stellt sich die Frage, warum sich zwei Drittel der Bevölkerung unsicher fühlen. 63,4 % der Befragten fühlen sich unsicher, „wenn sie an die Ereignisse der letzten Jahre denken“. Nun wurden diese Ereignisse in der Befragung nicht spezifiziert, doch muß man sich fragen welche Ereignisse zu Unsicherheiten haben führen können. Einen Aufschluß über die Gründe des diffusen Unsicherheitsgefühls könnten die 63,3 % der Befragten geben, die der Meinung sind, „in der heutigen Zeit schaue man nicht mehr durch, was eigentlich passiere“. Auch

---

<sup>41</sup> Diese Differenzierung beruht auf den Sicherheitskonzeptionen Kaufmanns, der von den Konzeptionen „Sicherheit und Geborgenheit“, „Systemsicherheit“ und „Selbstsicherheit“ ausgeht. Als Grundlage für die vorliegende Untersuchung sollen nur die beiden erstgenannten Modelle berücksichtigt werden, entsprechen sie doch auch eher soziologischem Erkenntnisinteresse. Dabei ist oben begrifflich die unmittelbare (Un-)Sicherheit dem Konzept der „Sicherheit und Geborgenheit“ und die mittelbare (Un-)Sicherheit dem Konzept der „Systemsicherheit“ zuzuordnen. Vgl. dazu: Kaufmann, Franz-Xaver: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, Stuttgart 1973, S. 198 - 201. Außerdem sei auf die Aufarbeitung der Theorien Kaufmanns und die anschauliche Zusammenfassung der Inhalte seiner Sicherheitskonzepte aufmerksam gemacht. Vgl.: Räder, Hans-Georg: „Sicherheit“ und Wertewandel. Argumentationsmuster in der Bevölkerung zu Sicherheit, Bedrohtheit und Bundeswehr, SOWI-Berichte, Heft 57, München 1992, S. 36 - 44.

die

Vermutung, daß moralische Grundsätze heute nicht mehr gelten, findet bei 57 % der Befragten Zustimmung, und deutet auf die Gründe diffuser Unsicherheit durch Wertewandel hin.

Unsicherheit resultiert nach den oben genannten Aussagen aus der Orientierungslosigkeit des Einzelnen in einer sich schnell ändernden Umwelt, deren Komplexität für den Einzelnen nicht mehr vollständig erklärbar und damit teilweise fremd ist. Es ergeben sich

Gefahrenpotentiale aus dem Unvermögen des Einzelnen, Alltagszusammenhänge zu verstehen und zu analysieren und damit Gefahren einschätzen zu können.

Diffuse Ängste und Unsicherheitsgefühle leisten, wie in unzähligen wissenschaftlichen Untersuchungen nachgewiesen, einen Beitrag zu Deutungsversuchen der den Einzelnen umgebenden Umwelt durch ihn selbst. Sie führen zu simplifizierenden Erklärungsmustern und zu Schuldzuweisungen, die etwa Grundlage für rassistische oder ausländer-/fremdenfeindliche Verhaltensmuster sind.<sup>42</sup>

Konkrete Unsicherheitsfaktoren des Einzelnen sind gegenüber den diffusen Ängsten konkreter faßbar. So kann in der vorliegenden Befragung festgestellt werden, daß der Einzelne sein privates Leben durch Kriminalität und Verbrechen (85,6 %), Gewalt (85 %) und Umweltverschmutzung (71,2 %) gefährdet sieht. Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg sind weitere Bedrohungspotentiale, die besonders gefürchtet werden.

#### **4.1.2 Mittelbare Unsicherheitsfaktoren**

Anders als im privaten Bereich, wo Gefahren unmittelbar sind und von heute auf morgen entscheidenden Einfluß auf das eigene Leben haben können, sind die hier als mittelbare Unsicherheitsfaktoren bezeichneten Gefahren solche, die das Gemeinwesen bedrohen. Es handelt sich bei ihnen im wesentlichen um strukturelle Probleme, die den

---

<sup>42</sup> Vgl. etwa: Hoffmann, Lutz/Even Herbert: „Die Belastungsgrenze ist überschritten“. Entwurf einer Theorie der Ausländerfeindlichkeit, Materialien des Zentrums für Wissenschaft und Praxis, Heft 18, Bielefeld 1985, S. 149 - 151. Und: Fiedler, Klaus: Kognitive Strukturierung der sozialen Umwelt. Untersuchungen zur Wahrnehmung kontingenter Ereignisse, Göttingen, Toronto, Zürich 1985, S. 4 - 5.

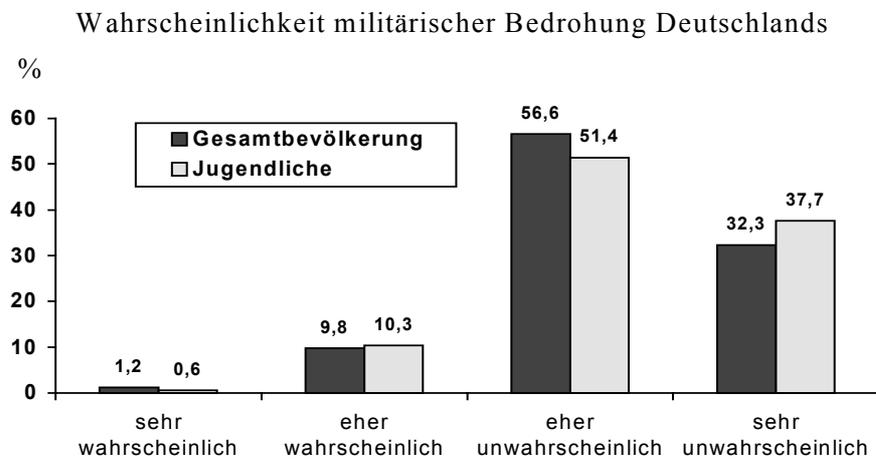
Rahmen der um das Individuum bestehenden Ordnung und Organisation stören. Es handelt sich mithin um Gefahren für die Gesellschaft.

Die genannten Unsicherheitsfaktoren sind also strukturelle Probleme, die der Einzelne nur selten im Privatleben spürt, von denen er aber annimmt, daß sie sein Leben negativ beeinflussen.

Verunsichert werden die Deutschen mittelbar durch das Verhalten von Politikern (64,6 %; Jugendliche 60,9 %), durch Flüchtlinge und Asylrecht (47,8 %; Jugendliche 42,7 %), Wohnungen und Mieten (41,8 %; Jugendliche 46,6 %) und Ausländer (38,9 %; Jugendliche 33,2 %). Auch die Marktwirtschaft (25,6 %; Jugendliche 20,6 %) und eine starke Regierung (21,5 %; Jugendliche 22,7 %) stellen für einen Teil der Bevölkerung Gefahrenpotentiale dar.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für das gesellschaftliche Leben könnten Bedrohungspotentiale bezüglich der territorialen Integrität der Nation sein. Ein Aufrechterhalten der staatlichen, gesellschaftlichen Ordnung wäre durch einen militärischen Übergriff auf das eigene Land nicht länger möglich und damit wäre die Selbstverständlichkeit der Normen und Werte des gewohnten Lebensraumes gefährdet.

Es wurde daher gefragt, für wie wahrscheinlich die Befragten eine militärische Bedrohung Deutschlands halten:

**Grafik 9:**

Die militärische Bedrohung gehört demnach nicht zu den bedeutenden Unsicherheitsfaktoren der Deutschen, obwohl sich 49,9 % von ihnen (43,1 % der Jugendlichen) durch die Lage in der ehemaligen Sowjetunion beunruhigt zeigen.

Immerhin 24,3 % der Bevölkerung können sich potentielle Gegner Deutschlands in einem militärischen Konflikt vorstellen. Hierbei gibt es, wie Tabelle 9 zeigt, Bewertungsunterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und der jungen Generation.

**Tabelle 9:**

Potentielle Gegner der Deutschen in einem militärischen Konflikt

	Teilgruppe der Gesamtbevölkerung	Teilgruppe der Jugendlichen
<b>ehemalige UdSSR/ Russen</b>	54,8 %	59,5 %
<b>Ostblock allgemein</b>	10,3 %	5,4 %
<b>Religiöse Gruppen, Moslems, PLO, religiöse Fanatiker</b>	9,4 %	6,3 %
<b>ehem. andere Warschauer-Pakt Staaten, Polen, Ungarn, Balkan, ehem. Jugoslawien</b>	7,9 %	8,1 %
<b>Iran, Irak</b>	6,2 %	7,2 %
<b>Naher Osten allgemein</b>	5,6 %	7,2 %
<b>China</b>	5,0 %	7,2 %

Die Vorstellungen potentieller militärischer Gegner kaprizieren sich auf das unsichere Gebiet im Osten, wobei die ehemalige UdSSR aufgrund der großen Schwierigkeiten, die durch den Ausbruch nationalistischer und ethnischer Autonomiebestrebungen dem ehemaligen Vielvölkerstaat entstehen, besonders kritisch betrachtet wird. Doch auch die Ruhe in den anderen osteuropäischen Staaten erscheint einigen Befragten trügerisch. Desweiteren beäugt man skeptisch verschiedene fanatische religiöse Gruppen, die nicht zuletzt auch durch terroristische Anschläge im Ausland von sich reden machen.

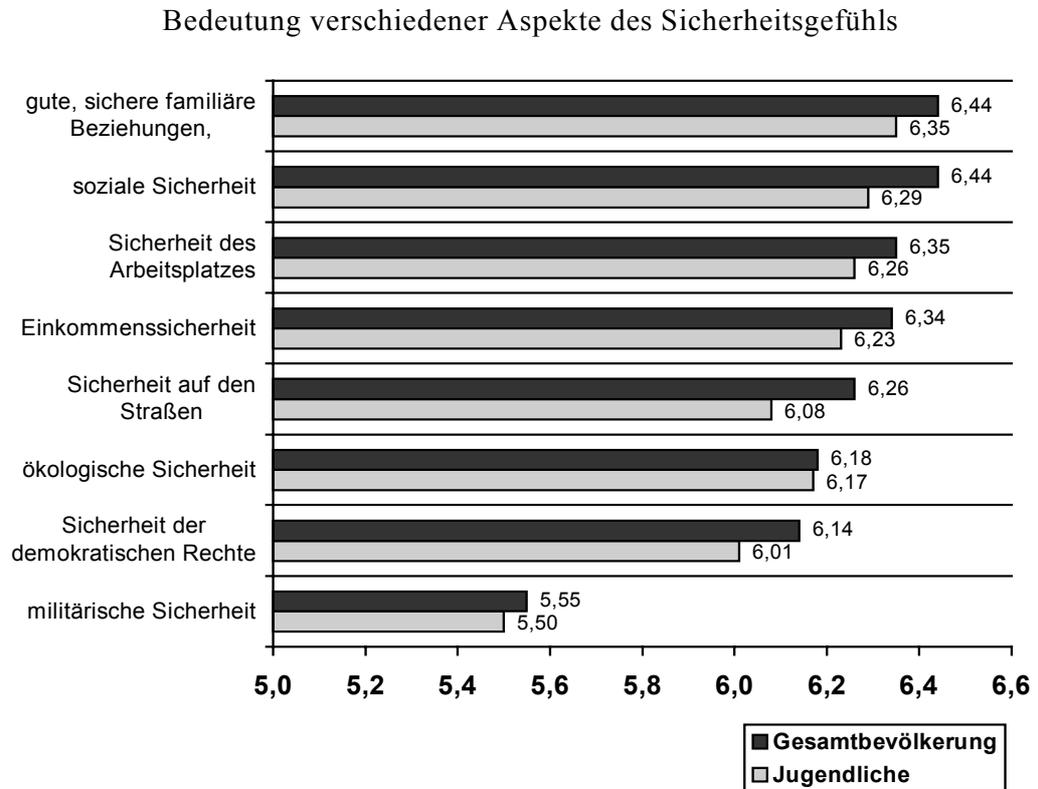
Es bleibt jedoch festzustellen, daß, im Vergleich zu dem Bedrohungspotential sozialer Gefahren, militärische Risiken keine nennenswerte Rolle als Unsicherheitsfaktor in der deutschen Bevölkerung spielen.

## **4.2 Sicherheitsfaktoren**

Sicherheitsfaktoren sind Gegebenheiten oder Einrichtungen, die den Einzelnen vor Gefahren schützen, oder ihm den Eindruck vermitteln, bestimmten Gefahren nicht ausgesetzt zu sein. So können eine Versicherung oder die Polizei ebenso wie ein Fahrradschloß oder ein Sturzhelm Sicherheitsfaktoren sein. In der Untersuchung wurden einige abstraktere Vorgaben abgefragt.

### **4.2.1 Unmittelbare Sicherheitsfaktoren**

Die Familie und die Freunde sind die Grundlage des Sicherheitsgefühls des Einzelnen. Immerhin 82,8 % der deutschen Gesamtbevölkerung äußern die Ansicht, daß Familie und Freunde zum persönlichen Sicherheitsgefühl beitragen. Hierzu sind gute, sichere Familienverhältnisse unabdingbar. Sie werden von den Befragten auf einer Skala von 1 „ganz unwichtig“ bis 7 „sehr wichtig“ mit 6,44 Punkten als besonders wichtig angesehen (vgl. Grafik 10). Es folgen in der Ranglistenfolge: soziale Sicherheit, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Einkommenssicherheit und Sicherheit auf den Straßen.

**Grafik 10:**

Ergänzend zu der obigen Tabelle sehen 62,9 % der Deutschen in ihrem derzeitigen Lebensstandard einen wesentlichen Sicherheitsfaktor und bei 48,3 % der Befragten trägt die erwartete persönliche Zukunft in Deutschland zum Sicherheitsgefühl bei. Die Relevanz der unmittelbaren Sicherheitsfaktoren ist, so fällt bei der Betrachtung der obigen Ergebnisse auf, sehr hoch. Für den Einzelnen sind diese Faktoren auch erfahrbarer, die Auswirkungen konkreter als bei den folgenden mittelbaren Faktoren. Die Betonung der Familie durch die Befragten bezeichnet Hans-Georg Räder, der in einer qualitativen Studie zu ähnlichen Ergebnissen kommt, als privatistische Sicherheitskonzepte, die sich dadurch auszeichnen, daß sich das Individuum bei Wahrnehmung von Gefahren und Bedrohungen durch den „Rückzug auf überschaubare und verstehbare Einheiten“<sup>43</sup> schützt. Darüber hinaus bildet die Familie und der Freundeskreis auch einen Sicherheitsfaktor in bezug auf die Werteorientierung des Einzelnen. Sie dienen ihm bei ihm befremdenden Erfahrungen als verstehendes Gegenüber und damit als Spiegel seiner Wertvorstellungen und seines Weltbildes.

<sup>43</sup> Räder, 1992, S. 64.

### 4.2.2 Mittelbare Sicherheitsfaktoren

Bei den abgefragten Items, die als Sicherheitsfaktoren des gesellschaftlichen Lebens bezeichnet werden können, steht die Stärke der D-Mark im Vordergrund. Sie trägt bei 64,5 % der Befragten (59,1 % der Jugendlichen) zum individuellen Gefühl der Sicherheit bei. 55,7 % (48,8 %) der Befragten geben an, daß eine starke und durchsetzungsfähige Regierung ihre Sicherheitsbedenken beruhigt. Wie ein Rückblick auf die mittelbaren Unsicherheitsfaktoren zeigt, handelt es sich bei diesem Item um ein stark polarisierendes. Die Favorisierung überrascht insbesondere bei der Berücksichtigung der Verunsicherung des Einzelnen, die aus dem Verhalten der Politiker resultiert. Es stellt sich die Frage, ob es sich hier um eine Inkonsistenz des Antwortverhaltens oder der Wahrnehmung der Befragten handelt. Auch die Marktwirtschaft spaltet die Befragten. So sind 49,6 % (48,6 %) von ihnen der Meinung, es handele sich bei ihr um einen Sicherheitsfaktor, während sie für 25,6 % (20,6 %) einen Unsicherheitsfaktor darstellt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß gesellschaftliche Sicherheitsfaktoren in ihrer Bedeutung weit hinter den unmittelbaren zurückstehen. Die Befragten sind sich offensichtlich der Tatsache bewußt, daß es sich bei ersteren um eine Grundlage, um Rahmenbedingungen des alltäglichen Zusammenlebens handelt, während letztere direkte physische und psychische Konsequenzen haben, die für den Einzelnen direkt und alltäglich relevant sind.

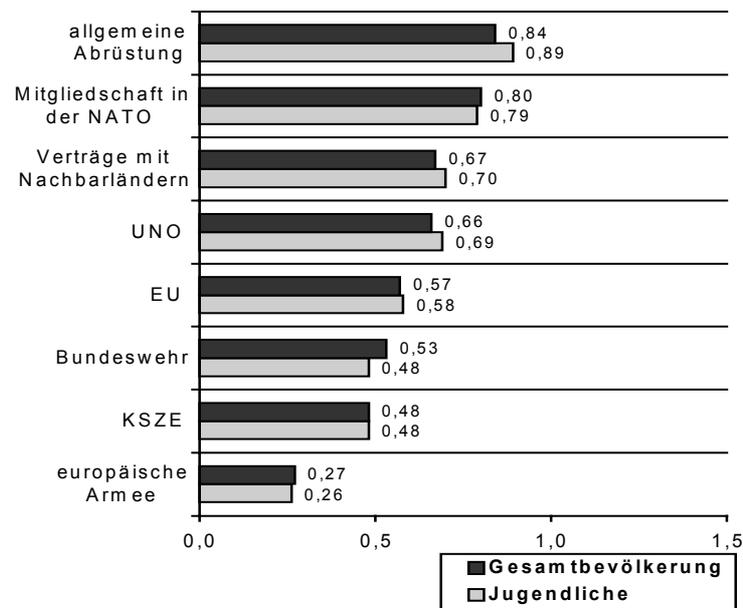
### 4.2.3 Militärische Sicherheit

Wie schon angedeutet, wird die militärische Bedrohung Deutschlands von der Bevölkerung als nicht sehr groß eingeschätzt. Dies bedingt auch die geringe Bedeutung der Bundeswehr als Sicherheitsfaktor, die aus Grafik 11 hervorgeht. In einer weiteren Frage sind lediglich 39,1 % (37,7 %) der Bevölkerung der Meinung, daß die Bundeswehr zu ihrem Gefühl der Sicherheit beiträgt, für 11,9 % (12,3 %) verursacht sie eher ein Gefühl der Unsicherheit und 49 % (49,8 %) finden, daß die Bundeswehr nichts mit dem eigenen Sicherheitsgefühl zu tun hat. Aufschlußreich bezüglich der Bewertung der Bundeswehr als Sicherheitsfaktor ist auch das Antwortverhalten der Befragten auf die Bitte, verschiedene Mittel der Sicherung der Bundesrepublik Deutschland vor militäri-

scher Bedrohung auf einer Skala von 1 „völlig unwichtig“ bis 7 „außerordentlich wichtig“ einzustufen.<sup>44</sup>

### Grafik 11:

Eignung verschiedener Mittel der Sicherung vor militärischer



Nicht nur der Bundeswehr, auch einer europäischen Armee wird als Sicherung vor militärischer Bedrohung nur eine geringe Bedeutung zugewiesen. Für weitaus wirkungsvoller halten die Befragten internationale und bilaterale Verträge und Mitgliedschaften in entsprechenden Organisationen. Hier stehen also völkerverständigende, diplomatische Maßnahmen klar vor militärischer Sicherung. Die allgemeine Abrüstung wird als das wichtigste Mittel zum Schutz vor militärischer Bedrohung betont und diese Forderung wird nicht zuletzt auch durch die geringe Bewertung der Bundeswehr und anderer Armeeformen als ein solches Mittel unterstrichen.

Abrüstung, also der Abbau von Bedrohungspotentialen im Aus- wie im Inland wird als sinnvollstes Mittel zu Abwendung militärischer Gewalt angesehen. Ihr folgt die Mitgliedschaft in der NATO, bei der es sich zwar in erster Linie um eine militärische Organisation handelt, die aber durchaus auch unter dem Aspekt der Solidargemeinschaft und der mit ihr verbundenen politischen Möglichkeiten gesehen werden kann. Anschließend nennen die Befragten Verträge mit Nachbarstaaten und Mitgliedschaften in internationalen Staatenbündnissen, die in erster Linie eine politische Aufgabe haben. Hiermit

<sup>44</sup> Die Skala wurde gemittelt und reicht so von -3,5 bis +3,5.

zeigt sich deutlich, daß bei den Befragten der Glaube in diplomatische Wege der Entspannung und der Völkerverständigung offenbar größer ist, als das Zutrauen in die bewaffnete Macht.

### **4.3 Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit und militärische Sicherheit**

Zu Anfang dieser Untersuchung ist die Identifikation eines großen Teils der Bevölkerung mit Deutschland festgestellt worden. Es wurde bereits dort angenommen, daß eine stark empfundene Zugehörigkeit zum Heimatland auch eine deutlichere Forderung nach Sicherheit der territorialen Integrität verursacht.

„Sind Sie stolz darauf, ein Bürger Deutschlands zu sein?“ und „Leben Sie gern in Deutschland?“ wurden als jene Fragen herausgestellt, durch die ein solches Zugehörigkeitsgefühl erhoben werden kann. Sie sind daher Grundlage für eine genauere Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Forderung nach Sicherheit und dem Zugehörigkeitsgefühl.

Auf eine mögliche Zusammenfassung der beiden Fragestellungen zu einem Index<sup>45</sup> wurde verzichtet, da beide Fragen verschiedene Bewertungsdimensionen beinhalten. Es wird im Gegenteil, trotz einer hohen Korrelation im Antwortverhalten beider Fragen, von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, zwei differenzierte nationale Perspektiven zu betrachten. Erstens: die Perspektive nationaler Identität, zweitens: die Perspektive des Nationalstolzes. Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß jene Befragten, die sich als besonders stolz auf ihre Nation zu erkennen geben bzw. angeben, sie lebten besonders gern in Deutschland, das Streben nach Sicherheit als Lebensziel besonders betonen. Darüber hinaus ist für sie die militärische Sicherheit Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Die Nationalstolzen betonen militärische Sicherheit besonders und trauen der Bundeswehr auch ganz offensichtlich (vgl. Tabelle 9) zu deren Erhaltung eine ganze Menge zu. Die NATO und die Bundeswehr sind ihrer Meinung nach die bedeutendsten Mittel, um Bedrohungspotentialen zu begegnen. Die insgesamt feststellbaren hohen Werte bei den Nationalstolzen weisen außerdem auf die stärkere Betonung der eigenen Sicherheit hin. Diejenigen Befragten, die bei der Frage nach dem Nationalstolz mit „nein, kaum“ und „nein, überhaupt nicht“ geantwortet haben, könnte man als Rüs-

---

<sup>45</sup> Die Bildung eines additiven Indexes hätte durchaus ein Erkenntnis-Potential.

tungsfatalisten bezeichnen, für die Abrüstung das geeignetste Mittel zur Abwendung militärischer Bedrohung ist. Andere Möglichkeiten kommen für sie kaum in Betracht, sieht man einmal davon ab, daß die Unterzeichnung von Verträgen mit Nachbarn für sie ein gewisses Sicherheitspotential birgt.

**Tabelle 9:**

Eignung verschiedener Mittel der Sicherung vor militärischer Bedrohung nach Nationalstolz

<b>Nationalstolz<sup>46</sup></b>			
ja, sehr gern (n=332)	ja, mit Einschränkungen (n=714)	nein, kaum (n=275)	nein, überhaupt nicht (n=121)
NATO-Mitgl. (1,00)	NATO-Mitgl. (0,83)	Abrüstung (0,91)	Abrüstung (0,94)
Bundeswehr (0,86)	Abrüstung (0,83)	Vertr. mit N. (0,61)	Vertr. mit N. (0,64)
UNO (0,77)	UNO (0,70)	NATO-Mitgl. (0,58)	NATO-Mitgl. (0,59)
Abrüstung (0,75)	Vertr. mit N. (0,67)	UNO (0,51)	UNO (0,50)
Vertr. mit N. (0,71)	EU (0,59)	EU (0,43)	KSZE (0,37)
EU (0,70)	Bundeswehr (0,57)	KSZE (0,37)	EU (0,36)
KSZE (0,55)	KSZE (0,51)	Bundeswehr (0,31)	europ. Armee (0,02)
europ. Armee (0,42)	europ. Armee (0,29)	europ. Armee (0,15)	Bundeswehr (-0,05)

*Die Zahlen in Klammern geben den Korrelationskoeffizienten zwischen der Ausprägung des Nationalstolzes und dem jeweiligen Mittel der Sicherung an.*

Ein Zusammenhang zwischen dem Grad der nationalen Identifikation und dem Streben nach Sicherheit ist also deutlich zu erkennen. Gleichzeitig wächst mit wachsendem Nationalstolz das Vertrauen in die Bundeswehr als Sicherheitsfaktor.

Hoher Nationalstolz beinhaltet auch ein großes Vertrauen in die nationale Ordnung und deren Normen. Darin eingeschlossen sind auch nationale Funktionsträger, wie die Regierung und die Bundeswehr.

## 5 Die Bundeswehr

An dieser Stelle soll zunächst ein Hinweis erfolgen, der bei der Beurteilung der anschließend präsentierten Daten berücksichtigt werden muß, um Überbewertungen und

Mißinterpretationen der Ergebnisse vorzubeugen. Er macht schließlich auch deutlich, warum eine tiefgreifendere Analyse des Antwortverhaltens, als sie im folgenden präsentiert wird, der empirischen Grundlage entbehrt.

Sicherheitspolitische Themenbereiche und Fragestellungen, die die nationalen Streitkräfte sowie ihre Organisation betreffen, spielen in der öffentlichen Diskussion in Deutschland keine herausragende Rolle. Anhand der folgenden Ergebnisse als auch bei Betrachtung anderer einschlägiger Bevölkerungsumfragen zum Thema, läßt sich erkennen, daß der Bürger häufig erst dann spontan seine Meinung bildet, wenn er mit einer Frage konfrontiert wird, die einen militärischen oder sicherheitspolitischen Charakter hat. Deutlich wird ein solches Verhalten besonders dadurch, daß ambivalente Antwortmöglichkeiten gewählt werden oder auch Meinungslosigkeit nicht selten auftritt.<sup>47</sup> Darüber hinaus zeigen Vergleiche der erhobenen Daten mit älteren oder jüngeren Studien, daß das Antwortverhalten sich binnen kürzester Zeit stark ändern kann. Auch dieses Verhalten weist darauf hin, daß es keine breite öffentliche Diskussion gibt, die den Einzelnen dazu veranlassen würde, eine feste persönliche Meinung auszuprägen.

Das Fehlen einer dezidierten Positionierung des Einzelnen führt unter anderem dazu - auch darauf soll hier hingewiesen werden -, daß in einer Befragung oder einer anderen Situation, in der eine Stellungnahme gefordert wird, der Bürger der dominierenden politischen Haltung, die durch die Medien vermittelt wird, zuneigt.<sup>48</sup>

Im Folgenden wird nun - mit der Aufforderung zur Berücksichtigung der obigen Ausführungen - betrachtet, welche Rolle die Bundeswehr für die Erhaltung der Sicherheit aus der Sicht der deutschen Bevölkerung spielt. Dabei soll nicht nur die Akzeptanz der deutschen Streitkräfte als nationaler Sicherheitsfaktor, sondern auch untersucht werden, wie die Deutschen die sich ändernden Einsatzbereiche und Aufträge der Bundeswehr beurteilen, welche alternativen Aufgaben sie ihrer Meinung nach erfüllen könnte und

---

<sup>46</sup> Vgl. mit Grafik 2.

<sup>47</sup> Fragen zur Einstellung zur Wehrpflicht oder zur Bundeswehr bestätigen dieses Verhalten im folgenden sehr eindrucksvoll.

<sup>48</sup> Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt in regelmäßigen Abständen Befragungen durch, bei denen unter anderem die Akzeptanz der Wehrpflicht untersucht wird. Dabei ergaben sich in den letzten Jahren im dichotomen Antwortverhalten bezüglich sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragestellungen jährliche Schwankungen von 15 - 18 %.

welchem Zweck die Einsätze der Streitkräfte, gerade auch auf internationalem Terrain, dienen sollen.

### **5.1 Die Akzeptanz der Bundeswehr als nationaler Sicherheitsfaktor**

Wie im vorangegangenen Kapitel schon deutlich wurde, wird der Bundeswehr aufgrund der als gering eingeschätzten militärischen Bedrohung keine besonders hohe Bewertung als Sicherheitsfaktor zuteil. Dennoch handelt es sich bei der Bundeswehr um eine nationale Instanz zur Abwehr von Gefahren, die eine Akzeptanz in der Bevölkerung insofern dringend benötigt, als sie ihr Personal aus der Mitte der deutschen Gesellschaft rekrutiert und ihre Finanzierung, damit ihre personelle und materielle Ausstattung, durch den einzelnen Bürger sichergestellt wird.

Um den daraus resultierenden Untersuchungsanforderungen gerecht zu werden, wird im folgenden die Akzeptanz der Bundeswehr zunächst auf allgemeiner (Einstellung zur Bundeswehr überhaupt) und anschließend auf spezieller Ebene (Organisation, Auftrag, Einsatz) betrachtet.

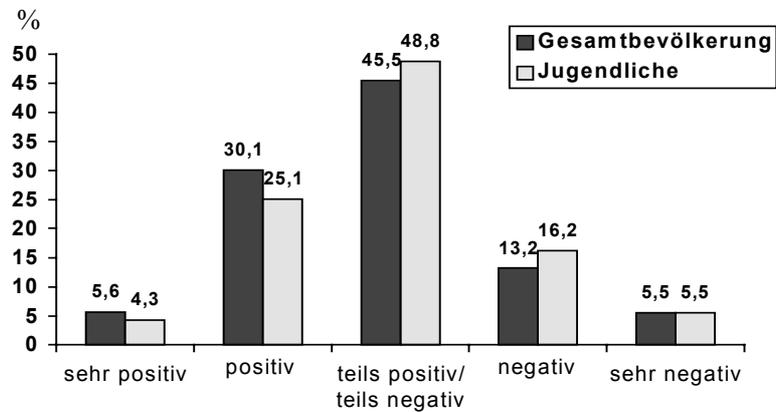
Insgesamt überwiegt eine positive Haltung zur Bundeswehr, wenngleich sich ein sehr großer Teil der Bevölkerung (45,5 %) ambivalent zeigt. 35,7 % der Befragten stehen explizit positiv zu den Streitkräften. Diesen stehen 18,7 % gegenüber, die sich negativ äußern. Deutlich zeigt sich die negativere Einstellung der Jugendlichen gegenüber der Bundeswehr, bewerten doch die 15 - 29jährigen die Streitkräfte nur zu 29,4 % als positiv, zu 21,7 % aber als negativ.<sup>49</sup>

---

<sup>49</sup> Ein erneuter Split des Datensatzes nach Nationalstolz scheint hier nicht sinnvoll, da die Ergebnisse unter Punkt 4.3 die zunehmende Bedeutung der Bundeswehr bei wachsendem Nationalstolz ausreichend dokumentieren.

**Grafik 12:**

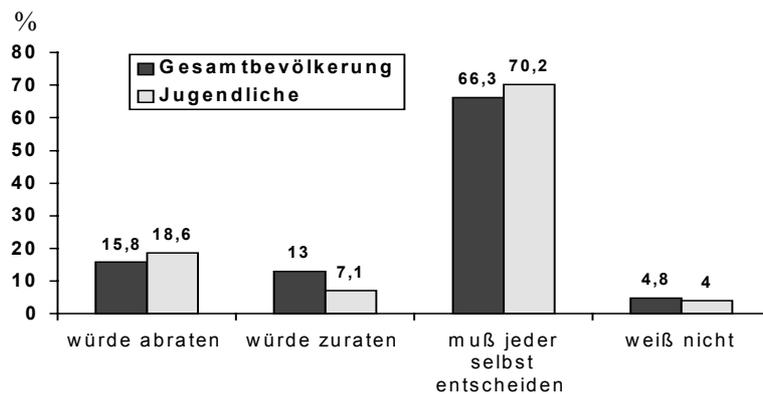
## Einstellung zur Bundeswehr



Die grundsätzliche Anerkennung der Bundeswehr als eine wichtige staatliche Institution wird auch bei der Betrachtung einer weiteren Fragestellung deutlich, die prüfen soll, wie verbreitet eine kategorische Ablehnung der Bundeswehr und des Berufs des Soldaten in Deutschland ist. Es wurde daher gefragt, wie sich die Befragten verhalten würden, wenn ein guter Freund von ihnen darüber nachdenke, Berufssoldat zu werden:

**Grafik 13:**

## Freund zur Bundeswehr?



Das Antwortverhalten der Befragten zeigt sowohl die grundsätzliche Akzeptanz der Organisation „Bundeswehr“ als auch die des Berufes des Soldaten. Allerdings steht die Selbstbestimmung des Einzelnen im Vordergrund der Entscheidung der Interviewten für eine der Verhaltensweisen.

Abraten würden ihrem Freund nur 15,8 %, zuraten nur 13 % aller Befragten. Die Zahlen für die Jugendlichen zeigen eine etwas ausgeprägtere ablehnende Tendenz, aber auch hier gilt das Postulat der Selbstbestimmung.

Insgesamt kann also von einer allgemeinen Akzeptanz der Streitkräfte gesprochen werden. Die Zahl derer, die eine kategorische Ablehnung der Bundeswehr deutlich werden lassen, liegt, je nach Definition, lediglich zwischen 2,9 % und 8,2 %.<sup>50</sup>

## **5.2 Aufgaben der Bundeswehr**

Schon in der Einleitung dieser Arbeit wurde auf die radikale Veränderung der sicherheitspolitischen Lage Europas und insbesondere Deutschlands innerhalb des letzten Jahrzehnts hingewiesen. Diese Veränderungen und auch die neue internationale Rolle der Bundeswehr führen zu völlig neuen Einsatzbereichen und Einsatzmöglichkeiten der nationalen Streitkräfte, die seit längerem diskutiert, seit einigen Jahren aber auch praktiziert werden. In welcher Rolle ist nun aber die Bundeswehr für die Bevölkerung vorstellbar? Was sollen die Ziele der neuen internationalen Beteiligung deutscher Streitkräfte an militärischen Einsätzen sein?

### **5.2.1 Einsatzbereiche der Bundeswehr**

In Tabelle 10 sind viele der derzeit diskutierten Aufgabenbereiche der Bundeswehr aufgeführt. Es wurde gefragt, ob die Aufgaben von der Bundeswehr oder einer zivilen Organisation ausgeführt werden sollten, oder ob Deutschland sich lieber aus den angesprochenen Konfliktfeldern heraushalten sollte.

---

<sup>50</sup> Die erste Prozentzahl umfaßt jene, die eine sehr negative Einstellung zur Bundeswehr haben und ihrem Freund abraten würden, Soldat zu werden; die zweite jene, die eine negative bis sehr negative Einstellung zur Bundeswehr haben und ihrem Freund abraten würden, Soldat zu werden.

**Tabelle 10:**

Bevorzugte Organisation für die genannten Aufgaben, wenn an der Lösung mitgewirkt werden soll:

<b>Einsatzbereiche</b>	<b>Ausführender:</b> Bun- des- wehr	zivile Organi- sationen	ganz raus- halten	ist mir egal
Aufgaben internationaler Rüstungskontrolle	39,7 %	37,3 %	9,9 %	4,8 %
Kampf gegen internationalen Terrorismus	37,1 %	45,0 %	7,1 %	3,3 %
Kampf gegen internationalen Drogenhandel	21,2 %	65,0 %	5,4 %	2,6 %
Grenzsicherung gegen illegale Einwanderer	52,5 %	32,9 %	5,1 %	3,5 %
Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes	13,1 %	81,3 %	1,4 %	1,9 %
Internationale Katastrophenhilfe	54,4 %	39,1 %	1,4 %	1,4 %
Humanitäre Hilfs- und Rettungsdienste	39,7 %	51,7 %	2,4 %	2,2 %
Aufbau und Entwicklungshilfe	32,9 %	55,3 %	3,1 %	4,0 %
Internationale militärische Beratung	56,3 %	7,1 %	26,7 %	3,6 %
Weltweite militärische Kampfeinsätze im Auf- trag und unter Kontrolle der UNO	50,1 %	3,8 %	36,2 %	2,3 %
Militärische und friedenserh. Missionen im Auftrag und unter Kontrolle der UNO	65,6 %	10,6 %	14,9 %	2,0 %
Schutz der grundgesetzlich verfaßten demokra- tischen Ordnung in Deutschland	34,0 %	51,5 %	3,3 %	3,3 %
Beteiligung an Feierlichkeiten/ Zeremonien	23,4 %	26,0 %	10,7 %	29,3 %
Erziehung und Charakterbildung	7,6 %	58,2 %	13,1 %	9,0 %
Verteidigung des deutschen Staatsgebietes	87,2 %	4,4 %	2,0 %	1,9 %
Verteidigung der Verbündeten	69,6 %	5,2 %	13,3 %	3,5 %
Hilfe für befreundete Nationen bei Bedrohung	63,7 %	11,2 %	14,3 %	3,0 %

Die ursprüngliche Aufgabe der Bundeswehr, die in der Verteidigung des deutschen Staatsgebietes im Falle eines Angriffs liegt, ist nach Meinung von 87,2 % der Bevölkerung immer noch Hauptaufgabe der deutschen Streitkräfte. Eine große Zustimmung finden jedoch auch weitere, internationale Einsatzbereiche, insbesondere militärischer Art. So erachten etwa zwei Drittel der Bevölkerung einen Einsatz der Bundeswehr als sinnvoll, wenn es darum geht, Verbündete zu verteidigen, befreundeten Nationen bei Bedrohung zu helfen, militärische und friedenserhaltende Missionen im Auftrag und

unter Kontrolle der UNO durchzuführen sowie international militärische Beraterfunktionen zu übernehmen. Als weitere militärische Aufgabe können sich 50 % der Bevölkerung weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr im Auftrag und unter Kontrolle der UNO vorstellen. Damit werden alle militärischen Items des Fragenkataloges klar der Bundeswehr zugewiesen. Zivile Organisationen kommen nur für eine Minderheit für militärische Aufgabenbereiche in Betracht. Nicht wenige Deutsche sind allerdings auch der Meinung, daß man sich aus weltweiten Kampfeinsätzen sowie aus internationaler militärischer Beratung besser ganz heraushalten sollte.

Geht es um eher zivile Aufgaben, so wird der Bundeswehr stärker als zivilen Einrichtungen zugetraut, internationale Katastrophenhilfe zu leisten, die nationalen Grenzen vor illegalen Einwanderern zu sichern<sup>51</sup> und Aufgaben internationaler Rüstungskontrolle wahrzunehmen. In allen anderen zivilen Aufgabenbereichen verläßt man sich eher auf andere Organisationen als die Bundeswehr und als Institution der Erziehung und Charakterbildung spielt sie kaum mehr eine Rolle.

Die Zustimmung, die sich hinsichtlich der internationalen militärischen Einsätze der Bundeswehr erkennen läßt, ist wahrscheinlich auch ein Resultat der Teilnahme an dem zur Zeit der Befragung stattfindenden IFOR-Einsatz. Wenn nun ein Großteil der Bevölkerung die Beteiligung der nationalen Streitkräfte an militärischen Aktionen in internationalen Krisenregionen begrüßt, stellt sich die Frage, welche Erwartung die Deutschen an solche Einsätze haben. Worin liegt für sie der Grund für die Teilnahme an internationalen militärischen Interventionen? Diese Frage stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Weltkriegs-Geschichte, die in der Vergangenheit immer wieder als eine Begründung für die Zurückhaltung Deutschlands bei der Bereitstellung von militärischen Verbänden für Blauhelm-Einsätze und andere internationale militärische Aktionen angeführt wurde. Sowohl die Rücksichtnahme auf andere europäische Staaten, die an mögliche Großmachtambitionen Deutschlands hätten glauben können, als auch die Rolle, die es zu Zeiten des Dritten Reiches in Staaten, die potentielle oder tatsächliche (Jugoslawien) militärische Einsatzgebiete sind, gespielt hat, sowie die unklare Verfassungslage haben dazu beigetragen, Zurückhaltung zu üben, wenn es um aktive Beteiligung an Konfliktlösungen über die deutschen Grenzen hinaus ging. Heute ist es daher

---

<sup>51</sup> Solche Migrationskontrollen wurden 1993 noch von 71 % der Offiziere der Bundeswehr abgelehnt. Vgl. Kuhlmann, Jürgen: Ist es noch schön, Soldat zu sein?, in: Klein, Paul/Kuhlmann, Jürgen/ Rohde, H. (Hrsg.): Soldat, ein Berufsbild im Wandel, Bd. 2, Offiziere, Dortmund, Bonn 1993, S. 415.

auch gerade für das Ausland von Bedeutung, welche Erwartungshaltung die deutsche Bevölkerung bezüglich der internationalen Einsätze der Bundeswehr hat.

**Tabelle 11:**<sup>52</sup>

Bewertung der Ziele internationaler Einsätze der Bundeswehr

<b>Aufgaben/ Zielsetzungen</b>	positiv	negativ	unentschieden
Versorgung notleidender Bevölkerung	93,6 %	4,4 %	1,9 %
Stabilisierung des Weltfriedens	81,3 %	11,3 %	7,3 %
weltweite Durchsetzung der Menschenrechte	77,3 %	13,2 %	9,3 %
Förderung der Solidarität der Völkergemeinschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen (UNO)	77,0 %	11,2 %	11,6 %
Integration Deutschlands in die Gemeinschaft der Nationen	70,9 %	14,9 %	13,8 %
Herstellung von Demokratie und Selbstbestimmung in dem Land, in dem die UNO-Mission stattfindet	68,1 %	17,3 %	14,5 %
Stärkung der nationalen deutschen Interessen	46,5 %	38,0 %	15,3 %
Stärkung des Ansehens/der Rolle der Bundeswehr	44,1 %	42,2 %	13,5 %

Eine überwältigende Zustimmung erfährt der Auftrag der Versorgung der notleidenden Bevölkerung in Krisengebieten in der Bevölkerung. Diese Aufgabe verdankt ihre positive Bewertung sicher einem eher unmilitärischen Charakter und einer emotionalen Nähe des Einzelnen zu Situationen, die in medial vermittelten Szenen aus Krisengebieten dokumentiert werden.

Weitere Items mit breiter Zustimmung sind solche, die auf der Basis westlicher Wertorientierung normativ legitimierte Zielsetzungen wiedergeben, wie die Durchsetzung der Menschenrechte, die Herstellung von Demokratie und Selbstbestimmung sowie die Stabilisierung des Weltfriedens. Gegenüber der zuvor beurteilten praktischen Hilfe für die Bevölkerung, gibt es hier jedoch schon eine nennenswerte Zahl von Kritikern.

<sup>52</sup> Zusammenfassung von „sehr positiv“ und „eher positiv“ zu → „positiv“, „sehr negativ“ und „eher negativ“ zu → „negativ“.

Gleiches gilt für die zwei Fragestellungen, die sich mit Deutschlands neuer internationaler Rolle in der Völkergemeinschaft beschäftigen, die es durch die Teilnahme an UNO-Missionen als nun gleichberechtigtes Mitglied erlangt. Allerdings sind auch diese sekundären Resultate der Einsätze der Bundeswehr grundsätzlich sehr erwünscht.

Skepsis herrscht dagegen hinsichtlich weiterer möglicher sekundärer Ziele. Zwar überwiegt die Zustimmung auch noch leicht, doch wendet sich eine nahezu ebenso große Zahl der Befragten dagegen, die Stärkung der nationalen Interessen Deutschlands oder eine Imageverbesserung der Bundeswehr über den Weg von Auslandseinsätzen der nationalen Streitkräfte zu verfolgen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die deutsche Bevölkerung die Hauptaufgabe der Bundeswehr in der Sicherung und Verteidigung der geographischen und gesellschaftlichen nationalen Integrität sieht. Darüber hinaus sollten sich die Streitkräfte an internationalen militärischen Einsätzen beteiligen, wenn Verbündete oder befreundete Staaten in Gefahr geraten. Der Schwerpunkt sollte dann auf humanitären Einsätzen und solchen liegen, die die staatliche Ordnung des Landes (Menschenrechte, Demokratie, Selbstbestimmung) wieder herstellen. Solche internationalen militärischen Einsätze werden auch als Möglichkeit Deutschlands verstanden, durch den durch sie erfolgenden Beweis von Solidarität stärker in die Gemeinschaft der Nationen integriert zu werden.

### **5.2.2 Internationale militärische Zusammenarbeit**

Über die genannten internationalen Einsätze der Bundeswehr im Rahmen von NATO und UNO hinaus, hat sich im letzten Jahrzehnt in bezug auf die militärische Zusammenarbeit mit europäischen Staaten viel getan. Als Beispiele sei hier nur auf die Deutsch-Französische Brigade, das Eurokorps und auf das Deutsch-Niederländische Korps verwiesen. Auch mit osteuropäischen Ländern wie Polen und Tschechien wird auf einen engen militärischen Austausch gesetzt.<sup>53</sup> Die deutsche Bevölkerung erlebt also zunehmende militärische Kooperationen mit dem Ausland. Die Bundeswehr, als nationaler Sicherheitsfaktor anerkannt, bekommt einen internationalen Bezug. Kennt-

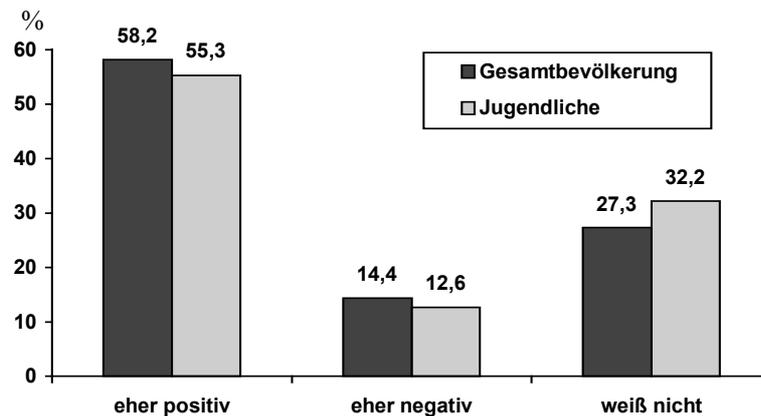
---

<sup>53</sup> Er erfolgt derzeit noch im Rahmen des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ und hat bereits zu Patenschaften und zu gemeinsamen militärischen Übungen geführt. Als Beispiel mag auch diese Arbeit gelten, die im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit mit Polen und der Tschechischen Republik erscheint.

nisse und Erfahrungen werden mit Ländern ausgetauscht, die potentiell auch Gegner sein könnten. Trägt die deutsche Bevölkerung diese internationale militärische Zusammenarbeit mit?

**Grafik 14:**

Bewertung internationaler militärischer Zusammenarbeit



Nur 14,4 % der Befragten lehnen eine militärische Zusammenarbeit mit anderen Ländern ab, wobei diese Zahl dadurch relativiert wird, daß von jenen, die die Kooperation „eher negativ“ beurteilen, 52,4 % die Bundeswehr überhaupt ablehnen.

58,2 % äußern sich positiv zur Kooperation mit anderen Ländern und heißen damit die bestehende Praxis gut. Die Haltung derjenigen, die sich nicht für ein endgültiges Urteil entscheiden können, ist zumindest teilweise dadurch bedingt, daß viele Deutsche von der Bi- und Multinationalität der Bundeswehr noch nie etwas gehört haben.<sup>54</sup> Festgehalten werden kann jedoch, daß die Ablehnung internationaler militärischer Zusammenarbeit in der Bevölkerung gering ist und daß somit im wesentlichen eine Übereinkunft mit der aktuellen Verteidigungspolitik in dieser Frage besteht.

### 5.3 Wehrpflicht

Die seit 1988 stark veränderte sicherheitspolitische Lage Deutschlands, die in dieser Arbeit schon des öfteren angesprochen wurde, und der Wandel der Aufgabenbereiche der Bundeswehr wirft auch die Frage nach Organisation und Wehrform der Streitkräfte auf. So klingt die öffentliche Diskussion um die Wehrpflicht, die seit der deutschen

<sup>54</sup> Klein, Paul, 1996: Geringer Bekanntheitsgrad, S. 48f.

Wiedervereinigung im Gange ist, trotz eindeutiger Festlegungen von offizieller Seite<sup>55</sup> nicht ab. Dazu tragen unter anderem Entwicklungen in europäischen Ländern wie den Niederlanden und Belgien bei, die sich 1992 bzw. 1995 für die Aussetzung der Wehrpflicht und Einführung einer Berufsarmee entschieden.<sup>56</sup> Andere Staaten lassen zur Zeit der Befragung ihr Wehrpflichtsystem prüfen.<sup>57</sup>

Das deutsche Verteidigungsministerium setzte schon 1991 eine unabhängige Kommission ein, die einen Bericht über zukünftige Aufgaben, Organisationsstruktur und Wehrform der Bundeswehr erarbeiten sollte. Das Ergebnis machte hinsichtlich der Wehrpflicht deutlich, daß die Entscheidung über ihre Beibehaltung eher eine politische denn eine durch äußere Umstände bedingte ist<sup>58</sup> und war damit wiederum ein Anstoß zur Diskussion über die Wehrpflicht.

Vor diesem Hintergrund scheint es erforderlich zu prüfen, ob die Wehrpflicht in einer Bevölkerung, die sich - wie in Abschnitt 4.1.2 festgestellt - in ihrer überwiegenden Mehrheit weder militärisch bedroht sieht, noch die Bundeswehr für einen wesentlichen persönlichen Sicherheitsfaktor hält, einen Rückhalt hat.

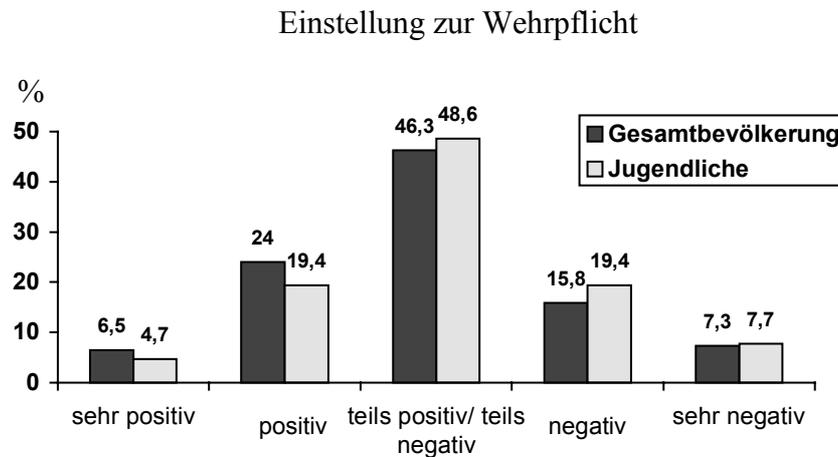
---

<sup>55</sup> Zuletzt erneut von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle („Die Wehrpflicht bleibt für Deutschland unverzichtbar - heute und in Zukunft. Sie ist sicherheitspolitisch erforderlich, gesellschaftspolitisch wünschenswert und entscheidend für die Sicherung des qualifizierten Nachwuchses in der Bundeswehr“) in einem Interview mit Bundeswehr aktuell. Zeitung für die Bundeswehr, Heft 2/1997, S. 8 - 9.

<sup>56</sup> Vgl. hierzu: Klein, Paul: Erste Schritte. Holland und Belgien im Übergang zur Freiwilligenarmee, in: Information für die Truppe, Heft 3/1996, S. 30 - 35.

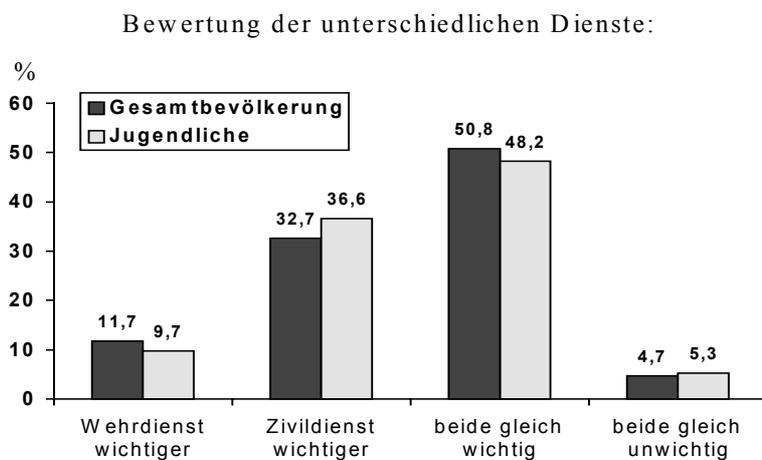
<sup>57</sup> Vgl.: Klein, Paul: Jedem den passenden Helm. Europas Wehrsysteme im Wandel, in: Information für die Truppe, Heft 4/1996, S. 17 - 23. In der vorliegenden Studie soll die Darstellung der Diskussion auf dem Stand zur Zeit der Befragung beschränkt bleiben. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß sich seither Frankreich, Spanien und Portugal ebenfalls für die Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht und die Einführung einer Freiwilligenarmee entschlossen haben.

<sup>58</sup> Vgl. Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr. Abschlußbericht und Empfehlungen. Bonn 1991, S. 6 - 8. Hierzu auch die Interpretation bei: König, Josef: Kritische Anmerkungen zur zukünftigen Wehrstruktur, in: Klein, Paul/Zimmermann, Rolf P. (Hrsg.): Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr. Notwendige Anpassung oder Weg zur Zwei-Klassen-Armee?, Baden-Baden, 1997, S. 46 - 47.

**Grafik 15:**

Nahezu die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist unentschlossen, wenn es um die Äußerung der persönlichen Einstellung zur Wehrpflicht geht. Die verbleibende Hälfte teilt sich in etwa zu gleichen Teilen auf die negative und positive Beurteilung auf. Hierbei fällt auf, daß diejenigen, die über 29 Jahre alt sind, zu einer positiveren, diejenigen, die bis 29 Jahre alt sind, zu einer negativeren Haltung gegenüber der Wehrpflicht neigen.

Eine etwas aussagefähigere Ausdifferenzierung im Antwortverhalten erreicht eine Gegenüberstellung der Bewertung von Wehrdienst und Zivildienst. Hier zeigt sich, welcher der beiden Dienste von der Bevölkerung als wichtiger eingestuft wird.

**Grafik 16:**

Zwar entscheidet sich auch hier jeder Zweite für die „angepaßte Ambivalenz“, bei der beide Dienste gleich wichtig sind, doch zeigt sich eine deutlich positivere Bewertung des Zivildienstes. Während nur jeder Zehnte der Meinung ist, daß der Wehrdienst der

wichtigere der beiden Dienste sei, glaubt dies vom Zivildienst jeder Dritte. Letzterer wird auch gerade insbesondere von männlichen Jugendlichen (37,8 %) und Frauen ab einem Alter von 30 Jahren (38,5 %) höher eingeschätzt, wobei die höhere Bewertung in der jeweiligen Gruppe immer mit einer niedrigeren Bewertung des Wehrdienstes einhergeht. Den niedrigsten positiven Wert erreicht der Wehrdienst bei den weiblichen Jugendlichen (6,8 %). Die zunehmend positivere Bewertung des Zivildienstes im Laufe der letzten Jahre und der stetige Anstieg der Zahlen der Zivildienstleistenden - Anfang des Jahres 1996 leisteten erstmals mehr Wehrpflichtige Zivildienst als Wehrdienst - führt zunehmend zur Diskussion um den „Dienstpflicht“-Begriff.<sup>59</sup>

Die Dienstpflicht wäre eine Alternative zur Wehrpflicht. Sie würde die Ableistung eines gesellschaftlichen Dienstes in den Vordergrund der staatsbürgerlichen Verpflichtung stellen, wobei der Wehrdienst dann eines von mehreren Angeboten wäre.

Ein wesentlicher Aspekt einer solchen Dienstpflicht könnte darin liegen, daß auch Frauen an dieser beteiligt würden.<sup>60</sup>

Aufgrund der Existenz der Dienstpflicht-Debatte und um die Attraktivität sowie die Relevanz des Wehrdienstes in der Bevölkerung im Vergleich zu alternativen Diensten zu prüfen, wurden die Befragten zunächst gebeten mitzuteilen, ob sie im Rahmen einer Dienstpflicht grundsätzlich den jeweils angegebenen Dienst leisten würden.

---

<sup>59</sup> Ausführliche Geschichte und Entwicklung der Verwendung des Begriffs bei: Zimmermann, Rolf P.: Allgemeine Dienstpflicht - Eine Idee auf dem Prüfstand, in: Klein, Paul/Zimmermann, Rolf P. (Hrsg.): Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr. Notwendige Anpassung oder Weg zur Zwei-Klassen-Armee?, Baden-Baden, 1997, S. 72 - 80.

<sup>60</sup> In bezug auf Männer kann im Grunde schon heute fast von einer Dienstpflicht gesprochen werden, da eine mündliche Gewissensprüfung des Kriegsdienstverweigerers nur noch in Ausnahmefällen stattfindet und über 90 % der schriftlichen Anträge positiv beschieden werden. Nicht „de jure“ aber „de facto“ gibt es in der Bundesrepublik ein Wahlrecht zwischen Wehr- und Zivildienst.

**Tabelle 12:**

„Angenommen, es gäbe in Deutschland künftig für alle jungen Männer und Frauen die gesetzliche Pflicht zur Leistung eines 12monatigen Gesellschaftsdienstes, d. h. nach der Ausbildung/Schule, so etwa im Alter zwischen 18 und 20 Jahren müßte jeder seinen Dienst antreten, wobei er/sie zwischen folgenden Aufgabenbereichen wählen könnte.

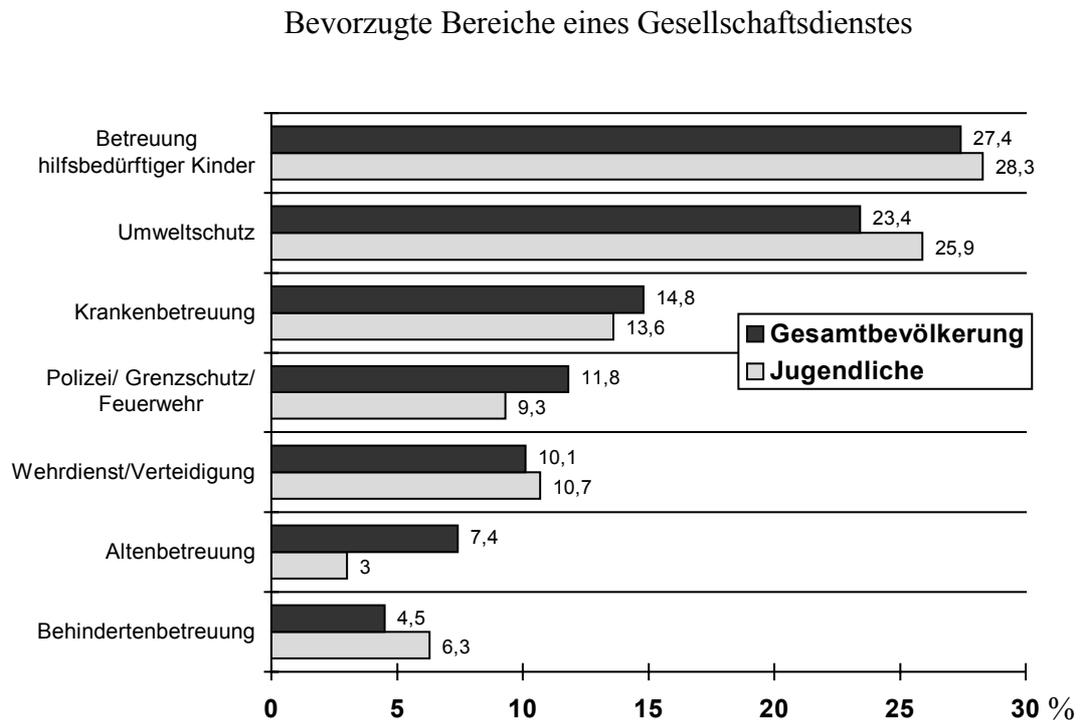
Sagen Sie mir bei jedem Dienst, ob Sie sich dafür oder dagegen entscheiden würden.“

würde ich machen	Gesamtbevölkerung		Jugendliche	
	ja	nein	ja	nein
<b>Umweltschutz</b>	82,6 %	16,8 %	84,4 %	14,8 %
<b>Betreuung hilfsbedürftiger Kinder</b>	79,5 %	19,8 %	79,8 %	19,6 %
<b>Krankenbetreuung</b>	72,1 %	27,6 %	68,6 %	30,6 %
<b>Altenbetreuung</b>	63,6 %	36,0 %	55,5 %	44,1 %
<b>Behindertenbetreuung</b>	56,5 %	42,7 %	51,0 %	48,0 %
<b>Polizei/Grenzschutz/Feuerwehr</b>	49,9 %	48,6 %	51,2 %	48,0 %
<b>Wehrdienst</b>	39,3 %	59,5 %	36,2 %	63,2 %

Die Tabelle macht deutlich, daß Tätigkeiten im Umweltschutz und in Betreuungsbereichen gegenüber dem Einsatz bei staatlichen Organen der Exekutive bzw. der Bundeswehr stark präferiert werden. Der Wehrdienst bildet unter den genannten Einsatzbereichen das Schlußlicht und setzt sich auch dadurch, daß er als einziges Item nur von einer deutlichen Minderheit präferiert wird, von den anderen Möglichkeiten ab.

Nach der Prüfung der grundsätzlichen Bereitschaft zur Ableistung bestimmter Dienste, sollten die Befragten sich für einen der Dienste entscheiden, wobei die Fragestellung die reale Notwendigkeit einen der Dienste auszuwählen und abzuleisten simulierte.

Grafik 17:



Die Betreuung hilfsbedürftiger Kinder sowie Maßnahmen im Umweltschutzbereich können sich die Befragten am ehesten als Einsatzbereich vorstellen. Daß Alten- und Behindertenbetreuung in der Gunst der Befragten hinter den Wehrdienst zurückfallen, hängt wohl mit der Diskrepanz zwischen der ethischen Grundeinstellung des Einzelnen und der praktischen Realität beider Pflegebereiche zusammen. Man erachtet sie als wichtig, schreckt jedoch vor dem ernüchternden Alltag im Umgang mit pflegebedürftigen Alten und Behinderten zurück. Insgesamt 10,7 % der Jugendlichen würden sich freiwillig für den Wehrdienst entscheiden, wenn zwischen den genannten Alternativen zu wählen wäre. Abhängig vom Geschlecht der Befragten gibt es eklatante Unterschiede bei der Wahl des bevorzugten Gesellschaftsdienstes. So bildet Tabelle 13 deutlich eine klassische gesellschaftliche Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern ab. Während - neben dem Umweltschutz - die Betreuungsbereiche (Kinder, Kranke, Alte) klar die Betätigungspräferenzen der Frauen dominieren, stehen sie bei Männern am Ende der Rangliste. Männer bevorzugen deutlich die eher technischen, sportlichen, exekutiven Dienste: Umweltschutz, Polizei/Grenzschutz, Wehrpflicht. Gerade in den zwei letztgenannten Bereichen zeigt sich eine extrem differente Bewertung durch die beiden Geschlechter. Dennoch ist bemerkenswert, daß sich über ein Drittel der männliche Ju-

gendlichen in Deutschland freiwillig für exekutive, staatliche Aufgaben, wie die des Polizei- und Wehrdienstes melden würden, könnten sie sich frei zwischen verschiedenen Alternativen entscheiden. Ein weiteres Drittel würde sich im Umweltschutz bzw. im Pflegebereich engagieren. Junge Frauen würde man im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht hingegen nur sehr begrenzt für die Unterstützung nationaler Sicherheitsinstanzen gewinnen können. Lediglich 7,2 % von ihnen bevorzugen solche Einsatzbereiche. Sie präferieren deutlich (74,2 %) die Aufgabenfelder der Betreuung und Pflege von Hilfsbedürftigen.

**Tabelle 13:**

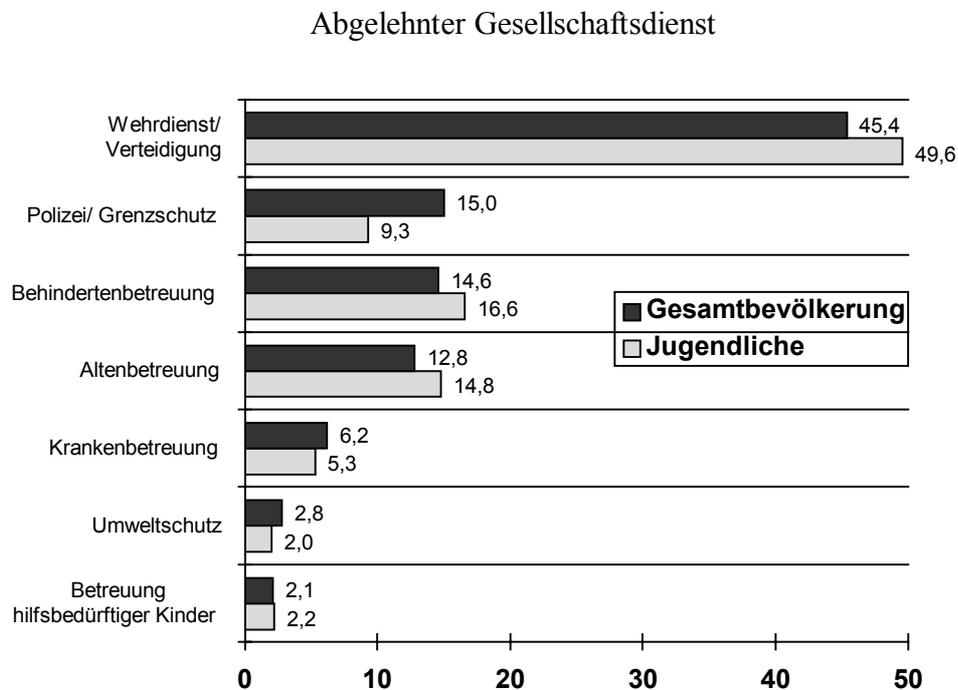
Bevorzugter Gesellschaftsdienst nach Geschlecht

Gesellschaftsdienst:	Erwachsene		Jugendliche	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Betreuung hilfsbedürftiger Kinder	15,0 %	39,3 %	13,4 %	44,9 %
Umweltschutz	29,3 %	15,6 %	33,3 %	18,6 %
Krankenbetreuung	9,7 %	21,1 %	8,6 %	19,1 %
Polizei/Grenzschutz	20,2 %	3,5 %	18,7 %	4,0 %
Wehrdienst/Verteidigung	17,7 %	2,1 %	17,6 %	3,2 %
Altenbetreuung	5,1 %	13,5 %	1,9 %	4,3 %
Behindertenbetreuung	3,0 %	4,9 %	6,4 %	5,9 %

Geht es darum, welcher der Gesellschaftsdienste am ehesten abgelehnt würde (kategorische Ablehnung), wird die starke Polarisierung der Auswahlalternative „Wehrdienst/Verteidigung“ offensichtlich. Wie die Grafik Nr. 18 zeigt, sprechen sich nahezu die Hälfte der Jugendlichen gegen den Wehrdienst aus. Von den Befragten 15 - 29jährigen halten 64,4 % der Frauen und 35,6 % der Männer den Wehrdienst für die schlechteste Alternative. Da sich die deutliche Ablehnung des Wehrdienstes von der Bewertung der anderen vorgesehenen Dienste signifikant unterscheidet, ist davon auszugehen, daß die Ablehnung in diesem Fall eine bewußte, kategorische Entscheidung ist.

Es ist daher anzunehmen, daß, selbst bei einer Steigerung der Attraktivität des Wehrdienstes durch eine Imageverbesserung, eine Änderung des soldatischen Alltags oder die Erhöhung des Wehrsoldes, diese Gruppe nur zu einem kleinen Teil zum Dienst in den nationalen Streitkräfte zu bewegen wäre, würde der Einzelne auf der Basis der freien Wahl zwischen gegebenen Alternativen entscheiden können. Tatsächlich liegt heute der Prozentsatz der erfaßten Wehrpflichtigen eines Geburtsjahrganges, die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung stellen, schon über den oben genannten 35,6 % der jungen Männer, die sich gegen den Wehrdienst wenden.<sup>61</sup>

**Grafik 18:**



<sup>61</sup> Etwa im Jahr 1995 bei 40,9 %. Zur weiteren Information siehe: Volke, Eva: Jugendliche Trendsetter und ihre Einstellungen zum Wehr- und Zivildienst. Ergebnisse einer psychologischen Trendstudie, SOWI-Arbeitspapier Nr. 99, Strausberg 1996, S. 35.

#### 5.4 Wehrpflicht oder Berufsarmee

Nachdem zu Beginn des vorangegangenen Abschnitts die öffentliche Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht bereits angesprochen wurde und ein Ersatz der Wehrpflicht durch einen allgemeinen Gesellschaftsdienst zur Diskussion gestellt wurde, soll nun die radikalere Option der Abschaffung der derzeitigen Wehrform durch eine Umwandlung der nationalen Streitkräfte in eine reine Berufsarmee/Freiwilligenarmee untersucht werden. Zwar wäre auch in diesem Fall der Fortbestand eines sozialen, staatsbürgerlichen Pflichtdienstes des/der jungen Deutschen denkbar, doch würden mit dem Wegfall des Wehrdienstes als zentralem Mittelpunkt und wesentlicher Begründung der Existenz eines solchen Dienstes auch wichtige Rahmenbedingungen der Verpflichtung wegfallen. So etwa die Dauer der Ableistung des Dienstes, die sich heute an dem zeitlichen Minimum für eine Ausbildung des Wehrpflichtigen in seiner militärischen Verwendung orientiert, die Geschlechtsfixierung, die wohl wesentlich durch die traditionelle gesellschaftliche Rollenverteilung bedingt ist, sowie die „Untauglichkeit“, die an den physischen Anforderungen eines militärischen Einsatzes gemessen wird.<sup>62</sup>

Der Abschied von der Wehrpflicht würde darüber hinaus für Deutschland auch eine grundlegende Neubewertung der Bundeswehr als einer Armee aus „Staatsbürgern in Uniform“ und den Bruch mit der aus der Historie hervorgegangenen Tradition der nationalen Streitkräfte bedeuten. So wäre der Wehrpflichtige als Kontrollinstanz zur Vermeidung von Isolationstendenzen verloren. Die Bundeswehr wäre in ihrer personellen Zusammensetzung nicht länger ein annäherndes Abbild der Demographie der Bundesrepublik. Nationale Verteidigung wäre institutionalisiert und damit nicht länger Angelegenheit jedes (zumindest männlichen) Staatsbürgers. Und es gäbe weitere Veränderungen, die hier nicht im einzelnen aufgeführt werden können. Allerdings ist ein solcher Paradigmenwechsel der deutschen Verteidigungspolitik zumindest für die Teile der politischen Elite der Bundesrepublik vorstellbar, die die Abschaffung der Wehrpflicht fordern.

Zudem ist ein grundlegender Wandel derzeit bereits in vollem Gange, wenn auch mit

---

<sup>62</sup> In Frankreich wird in Zukunft die Wehrpflicht durch eine „staatsbürgerliche Pflichtwoche“ für alle jungen Männer und Frauen ersetzt. Dies kann als Beispiel für den Wegfall grundsätzlicher Kriterien betrachtet werden, die zuvor noch durch das Primat des Militärischen vorgegeben waren.

anderer Zielrichtung: Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von UNO- und NATO-Missionen, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar waren, gehören inzwischen zum unstrittigen Aufgabenbereich der Bundeswehr.<sup>63</sup> Damit werden frühere grundlegende handlungsleitende Kriterien der deutschen Verteidigungspolitik aufgegeben bzw. umbewertet, die seit Bestehen der Bundeswehr gültig waren. Um die Akzeptanz, vor allem aber die Identifikation der Bevölkerung mit der bestehenden Wehrform zu prüfen, wurde den Befragten die Frage gestellt, wie ihrer Meinung nach die Bundeswehr der Zukunft aussehen solle. Dabei wurde ihnen die Möglichkeit der Wahl zwischen dem Wehrpflicht-Modell und einem Freiwilligen-System gegeben.

**Tabelle 13:**

„Was meinen Sie, sollte für die Bundeswehr die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland beibehalten werden oder sollte sie in Zukunft nur noch aus freiwillig dienenden Soldaten bestehen („Berufsarmee“)?“

Einsatzbereiche	Gesamtbevölkerung	Jugendliche
allgemeine Wehrpflicht beibehalten	35,2 %	32,6 %
übergehen zu Freiwilligensystem/„Berufsarmee“	50,2 %	50,4 %
ist mir gleichgültig	8,2 %	8,9 %
weiß nicht, kann ich nicht sagen	6,2 %	8,1 %

Ende des Jahres 1995 spricht sich eine deutliche Mehrheit der Befragten für die Schaffung einer Berufsarmee und damit gegen die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. Über ein Drittel hält die Beibehaltung der Wehrpflicht in Zukunft für den richtigen Weg, und 14,4 % der Befragten können oder möchten sich nicht für eine der beiden Alternativen entscheiden.<sup>64</sup>

<sup>63</sup> Am 13.03.1997 gab es den ersten Einsatz deutscher Soldaten im Ausland, der nicht durch ein UNO- oder NATO-Mandat abgesichert war. Eine Einheit des Heeres evakuierte Deutsche und Bürger anderer Länder aus Albanien.

<sup>64</sup> An dieser Stelle soll angefügt werden, zu welchen Ergebnissen andere Untersuchungen im Zeitraum von drei Jahren zu sehr ähnlichen Fragestellungen kamen: Emnid-Umfrage vom Mai 1996, in: Der Spiegel, Nr. 23/1996, S. 23: „Die Bundeswehr sollte nur noch aus Berufs- und Zeitsoldaten bestehen.“ Ja: 56 %, Nein 29 %/Forsa im September 1995, in: Die Woche, 15.09.1995, S. 25: „Soll die Wehrpflicht abgeschafft und eine Berufsarmee aufgestellt werden?“ Ja: 37 %, Nein: 57 %/Emnid-Umfrage vom Juli 1996, in: Die Welt, 18.07.1996, S. 2: 54 % für die Beibehaltung der Wehrpflicht, 41 % für die Schaffung einer Berufsarmee/Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr von November/Dezember 1996: „Sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach die allgemeine Wehrpflicht auf lange Sicht beibehalten, sollte sie in Zukunft nur noch aus freiwillig dienenden Soldaten bestehen,

Die gegenwärtige Wehrform ist für die deutsche Bevölkerung keinesfalls die einzig vorstellbare. Von einer bedingungslosen Befürwortung der Wehrpflicht kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil glaubt offensichtlich die Mehrheit der Deutschen, daß eine Berufs-armee die Aufgaben der Bundeswehr mindestens ebenso gut erfüllen kann, wie eine Wehrpflichtarmee. Die klassischen Argumentationsmuster für die Beibehaltung der Wehrpflicht spielen für viele eine nebeneordnete Rolle. Das bedeutet auch, daß die Angst des Bürgers vor einer autonomen, vitale Eigeninteressen entwickelnden Armee im demokratisch gefestigten Deutschland gewichen ist. Die Bundeswehr wird als staatliche Institution der Verteidigung verstanden, über deren Organisation sachlich argumentiert werden kann.

## **6 Zur Bedrohung des lokalen Individuums**

Die lokale räumliche Selbstverortung des deutschen Gesellschaftsmitglieds bringt eine Problematisierung seiner unmittelbaren, täglich erfahrbaren Umwelt mit sich. Gefahren und Unsicherheiten nimmt der Einzelne daher in erster Linie in Bereichen wahr, die seine persönliche Existenz direkt beeinträchtigen können. Hierzu gehört der Arbeitsplatz, die Familie, das Sozialsystem und die eigene physische Unversehrtheit.

Neben der starken lokalen Identität existiert das Gefühl der Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft, das jedoch weniger stark ausgeprägt ist als das primäre Heimatgefühl. Die Anerkennung eines verbreiteten Wertesystems sowie eine allgemeine Akzeptanz des politischen Systems Deutschlands verdeutlichen die Identifikation des Bürgers mit der nationalen Kategorie und ihren Strukturen.

Allerdings stehen, da die nationale Identifikation hinter anderen Identifikationen oder Identitäten des Individuums zurückbleibt, die nationalen Interessen und Entwicklungen hinter den unmittelbar persönlichen Interessen des Einzelnen. So wird von den Deutschen derzeit die militärische Sicherung als nebensächlich beurteilt und dement-

---

oder ist es Ihnen egal?“ Wehrpflicht: 37,7 %, Freiwilligensystem: 38,5 %, egal: 14,7 %, weiß nicht: 9,1 %.

Diese Daten sollen erneut auf die zu Beginn dieses Kapitels angeführten Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft aller Fragestellungen, die sicherheits- und verteidigungspolitische Inhalte zur Dispositi-

sprechend die Bundeswehr als nationaler Sicherheitsfaktor als eher unbedeutend bewertet.

Gleichzeitig besteht jedoch eine hohe Akzeptanz der nationalen Streitkräfte in der Bevölkerung. Das, was für die Bundeswehr selbst gilt, trifft allerdings bezüglich ihrer Organisation nicht uneingeschränkt zu. So findet die Wehrpflicht eine durchaus ambivalente Resonanz in der Bevölkerung. Der Zivildienst wird inzwischen als die wichtigere der beiden Alternativen der Dienstverpflichtung gesehen und der Ersatz der Wehrpflichtarmee durch eine Berufsarmee von vielen gefordert. Es deutet sich an, daß sich im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht nur etwa jeder fünfte männliche Jugendliche für den Dienst in der Bundeswehr entscheiden würde.

Die neuen internationalen Einsatzaufgaben der Bundeswehr stoßen auf breite Zustimmung, doch werden diplomatische Lösungsansätze für internationale Konflikte klar bevorzugt. Die militärische Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern wird begrüßt und ihre Bürger werden überwiegend positiv rezipiert.

Abschließend soll festgehalten werden, daß das Militär und die Verteidigungspolitik im Bewußtsein der Deutschen zwar einen positiven Eindruck hinterläßt, daß aber beide keine zentrale Rolle im Leben des Einzelnen spielen. Ihre Bedeutung bleibt im Hintergrund und steht hinter existentiellen Problembereichen des Individuums sehr weit zurück. Ein entscheidender Grund für diese Bewertung liegt in der für die meisten Deutschen nicht wahrnehmbaren militärischen Bedrohung Deutschlands.

## 7 Literaturverzeichnis

- Baratta**, Mario von (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach 1996, Frankfurt 1995.
- Bergmann**, Wolfgang/**Seemann**, Hans-Jürgen: Der Haß auf alles Fremde. Wächst Ausländerfeindlichkeit auch bei Menschen, die das gar nicht wollen? In: Sozialmagazin, Heft 10, 1982, S. 50 - 57.
- Bielefeld**, Uli: Das Konzept des Fremden und die Wirklichkeit des Imaginären, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburg 1991, S. 97 - 128.
- Blank**, Thomas/**Schmidt**, Peter: Nationalstolz und Nationale Identität. Empirische Befunde zum Stolz auf Deutschland, in: Nationale Identität und europäisches Bewußtsein. Theoretische Entwürfe und empirische Befunde, SOWI-Arbeitspapier Nr. 93, München 1994, S. 30 - 50.
- Demirovic**, Alex: Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt „Rassismus“ in Ideologiekritik und Ideologietheorie, in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, Heft 46/1992, S. 13 - 36.
- Esser**, Hartmut: Lokale Identifikation im Ruhrgebiet. Zur allgemeinen Erklärung einer speziellen Angelegenheit, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung. Lokale Identität und lokale Identifikation, Heft 3, Bonn 1987, S. 109 - 118.
- Fiedler**, Klaus: Kognitive Strukturierung der sozialen Umwelt. Untersuchungen zur Wahrnehmung kontingenter Ereignisse, Göttingen, Toronto, Zürich 1985.
- Hoffmann**, Lutz/**Even**, Herbert: „Die Belastungsgrenze ist überschritten“. Entwurf einer Theorie der Ausländerfeindlichkeit, Materialien des Zentrums für Wissenschaft und Praxis, Heft 18, Bielefeld 1985.
- Kaufmann**, Franz-Xaver: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, Stuttgart 1973.
- Klein**, Paul: Erste Schritte. Holland und Belgien im Übergang zur Freiwilligenarmee, in: Information für die Truppe, Heft 3/1996, S. 30 - 35.
- Klein**, Paul: Geringer Bekanntheitsgrad. Bi- und multinationale militärische Zusammenarbeit findet kaum Interesse, in: Information für die Truppe, Heft 6/1996, S. 48 -49.
- Klein**, Paul: Jedem den passenden Helm. Europas Wehrsysteme im Wandel, in: Information für die Truppe, Heft 4/1996, S. 17 - 23.
- Kohr**, Heinz-Ulrich/**Wakenhut**, Roland: Soziomoral und Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit, in: Untersuchungen zum Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit, SOWI-Arbeitspapier Nr. 57, München 1992.
- König**, Josef: Kritische Anmerkungen zur zukünftigen Wehrstruktur, in: Klein, Paul/Zimmermann, Rolf P. (Hrsg.): Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr. Notwendige Anpassung oder Weg zur Zwei-Klassen-Armee?, Baden-Baden 1997, S. 42 - 59.

- Kuhlmann, Jürgen:** Ist es noch schön, Soldat zu sein?, in: Klein, Paul/Kuhlmann, Jürgen/Rohde, H. (Hrsg.): Soldat, ein Berufsbild im Wandel, Bd. 2, Offiziere, Dortmund, Bonn 1993.
- Leiprecht, Rudolf:** Probleme subjektwissenschaftlicher Forschungspraxis: am Beispiel des Forschungsobjekts „Zur subjektiven Funktionalität von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen“, in: Held, Josef (Hrsg.): Subjektbezogene Jugendforschung, Hamburg 1989, S. 47 - 50.
- Lippert, Ekkehard:** Europäisches Bewußtsein? Zur Psychologie eines scheiternden politischen Projekts, in: Nationale Identität und europäisches Bewußtsein. Theoretische Entwürfe und empirische Befunde, SOWI-Arbeitspapier Nr. 93, München 1994.
- Noelle-Neumann, Elisabeth:** Die verletzte Nation: über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987.
- Räder, Hans-Georg:** „Sicherheit“ und Wertewandel. Argumentationsmuster in der Bevölkerung zu Sicherheit, Bedrohtheit und Bundeswehr, SOWI-Berichte Nr. 57, München 1992, S. 36 - 44.
- Räthzel, Nora:** Deutsche Nation und Bilder von „Ausländern“ in der westdeutschen Presse, in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, Heft 46/1992, S. 194 - 209.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke:** Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., München, Wien 1989.
- Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr.** Abschlußbericht und Empfehlungen, Bonn 1991.
- Veen, Hans-Joachim/Zelle, Carsten:** Zusammenwachsen oder Auseinanderdriften? Eine empirische Analyse der Werthaltungen, der politischen Prioritäten und der nationalen Identifikationen der Ost- und Westdeutschen, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Interne Studien Nr. 78, 2. überarb. Aufl., Sankt Augustin 1995.
- Volke, Eva:** Jugendliche Trendsetter und ihre Einstellungen zum Wehr- und Zivildienst. Ergebnisse einer psychologischen Trendstudie, SOWI-Arbeitspapier Nr. 99, Strausberg 1996.
- Weichhart, Peter:** Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation, in: Meynen, Emil (Hrsg.): Erdkundliches Wissen, Schriftenreihe für Forschung und Praxis, Heft 102, Stuttgart 1990.
- Zimmermann, Rolf P.:** Allgemeine Dienstpflicht - Eine Idee auf dem Prüfstand, in: Klein, Paul/Zimmermann, Rolf P. (Hrsg.): Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr. Notwendige Anpassung oder Weg zur Zwei-Klassen-Armee?, Baden-Baden 1997, S. 72 - 80.